

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kt 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzzählig 192.—

Rücksendung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Schöner Wahlerfolg in Nemes Unsere Partei gewinnt 148 Stimmen und ein Mandat.

Nemes, 25. August. (Eigenbericht.) Sonn-
tag, den 24. August fand in Nemes die Ge-
meindewahl statt. Sie brachte unserer Partei
einen schönen Gewinn, den Kommunisten
hingegen eine empfindliche Schlappe.
Das Wahlergebnis ist folgendes:

1. Wahlgemeinschaft (Gewerbe-
partei, deutsche Nationalpartei,
Bund der Landwirte 1160 (1304)
2. Deutsche Sozialdemo-
kraten 738 (590)
3. Deutsche Nationalsozialisten 313 (251)
4. Tschech. Nationalsozialisten 127 (123)
5. Deutsche Christlichsoz. (D.N.S.) 640 (388)
6. Tschech. Sozialdemokraten 204 (187)
7. Kommunisten 486 (593)

Unsere Partei gewinnt somit 148 Stimmen
und ein Mandat, während die Kommunisten
107 Stimmen und ein Mandat ver-
lieren. Der Stimmenzuwachs der Christlich-
sozialen erklärt sich aus ihrer Verbrüderung mit
der Rosaepartei und der Umstellung der bürger-
lichen Koppelpartien, worauf auch der Stimmen-
zuwachs der Hakenkreuzler zurückzuführen ist.

Kabinetts Billudski verlegt.

Warschau, 25. August. Das neue Kabinetts
Marshall Billudski wurde im Laufe des heutigen
Nachmittags gebildet. In den Abendstunden fand
bereits die Eidesleistung des neuen Kabinetts
und um 18 Uhr 30 unter Vorsitz des Marshalls
Billudski die erste konstituierende Sitzung des
neuen Ministerrates statt. Im neuen Kabinetts,
in dem Marshall Billudski nebst der Mini-
sterpräsidentenschaft auch das Portefeuille
des Ministers für Heereswesen innehat, ver-
bleiben außer dem Ministerpräsidenten
ebenso alle Mitglieder des alten
Kabinetts auf ihren Posten. Die einzige
Änderung ist die Ernennung des Obersten
Josef Bed zum Minister ohne Portefeuille.
Josef Bed wird im neuen Kabinetts als Vice-
premier fungieren.

Attentat auf den Polizeikommissär von Kalkutta.

Kalkutta, 25. August. Als heute der
Polizeikommissär von Kalkutta, Tegart, im
Kraftwagen in sein Büro fuhr, wurden zwei
Bomben nach ihm geworfen. Sie explodierten
auf der Straße. Der Wagenlenker wurde verletzt,
der Wagen beschädigt. Tegart selbst wurde nicht
verwundet. Einer der Männer, die die Bomben
schleuderten, soll durch einen Bombensplitter töd-
lich verletzt worden sein.

In die Berge geflüchtet.

Paris, 25. August. Der aus Ankara hier
eingetroffene letzte Bericht zufolge mühen
die militärischen Operationen gegen die Kurden
eingestellt werden, da in der Ararat-Bergzone,
in welche die Aufständischen geflüchtet waren,
Schnee gefallen ist.

Der türkische Minister des Äußern ist aus
Jalowa von seiner Beratung mit dem Präsi-
denten der Republik und dem Ministerpräsi-
denten nach Ankara zurückgekehrt. Er erklärte, die
Türkei erachte eine Regulierung der persisch-
türkischen Grenze für eine Notwendigkeit. Der
neue türkische Gesandte in Teheran hat die ent-
sprechenden diplomatischen Verhandlungen einge-
leitet, welche aber von den Verhandlungen in
Angelegenheit eines gemeinsamen persisch-türk-
ischen militärischen Vorgehens, das auf die voll-
ständige Unterdrückung des Kurdenaufstandes ab-
zielt, unabhängig wäre.

Wieder eine schwere Grubenkatastrophe.

Kattowitz, 25. August. Auf der Hilde-
brandgrube in Neudorf bei Kattowitz ereignete
sich heute eine schwere Katastrophe. Infolge
Einsturzes eines Schachtsteinganges wurden 14
Bergarbeiter verschüttet. Von den Verschütteten
konnten nur acht Bergarbeiter, die meisteils
schwere Verletzungen erlitten, gerettet werden.
Alle Anstrengungen zwecks Rettung der übrigen
sechs verschütteten Bergarbeiter blieben erfolg-
los. Die Katastrophe wurde durch einen starken
Erdstoß verursacht, der nicht nur in Neudorf
sondern auch in anderen Ortschaften Polnisch-
Schlesiens, darunter in Kattowitz, in Ra-
dowice und Umgebung verspürt wurde. Der
Erdstoß verursachte unter der Bevölkerung große
Panik.

Zeppelinbesuch in Nordböhmen, Prag und Böhmerwald.

Ein herrliches Schauspiel der modernen Luftverkehrstechnik.

Prag, 25. August. (Eigenbericht.) Im Laufe des heutigen Vormittags
verbreitete sich in der Hauptstadt blühartig die Nachricht, daß das deutsche
Riesenschiff „Graf Zeppelin“ (L. Z. 127) einen Flug über Böhmen ange-
treten habe und auch Prag berühren werde. Tatsächlich kam aus Reichenberg
darauf die telephonische Meldung, daß der Zeppelin, von Görlitz-Zittau
kommend, bereits die nordböhmisches Städte passiert habe. Vor 12 Uhr hörte
man plötzlich das Surren der Motore und im nächsten Augenblicke wurde der
schlanke Luftkoloß über den Dächern sichtbar. Der Zeppelin zog bei herrlichem
blauen Himmel mehrere Schleifen über die innere Stadt und entbot der Präsi-
dentenburg Gradschin durch Reigen der Spitze seinen Gruß. Das Luftschiff flo-
so niedrig, daß man deutlich die einzelnen Gondeln beobachtete und die Auf-
schrift lesen konnte. Beim Wandrücken glänzte die metallene Hülle silberhell
im Sonnenschein. Der Flug bot ein großartiges Schauspiel der letzten Fort-
schritte im Luftverkehrsweesen und das Luftschiff nahm mit ruhiger Sicherheit
seinen Weg. Ein Flugzeug begleitete den Zeppelin und erschien neben dem
Riesenvogel wie eine Mücke. Die Bevölkerung verfolgte die Rundfahrt von
den Straßen und Dächern aus. Noch eine letzte elegante Schleife und der Ze-
ppelin trat über Pilsen und Regensburg den Heimweg an.

Das Luftschiff führte den Flug Berlin, Prag, Friedrichshafen
unter dem Kommando des Kapitäns Lehmann aus.

Prag. Der „Graf Zeppelin“ hatte heute
um halb acht Uhr über Berlin einen Funkspruch
geendet, daß er heute über Görlitz, Zittau,
Reichenberg, Prag und Pilsen nach Regensburg
und von dort nach Friedrichshafen
fliegen wird. Man solle ihn gegen 12 bis halb
13 Uhr in Prag erwarten.

Gablonz. Gegen 10 Uhr 52 Minuten über-
flog das Zeppelin-Luftschiff, von Johannesburg
kommend, die Stadt Gablonz, in kurzen Schleifen
den Marktplatz kreuzend, sich mehrmals zum
Gruße neigend, und entschwand in der Richtung
Reichenau, von stürmischem Jubel tausender
Menschen begrüßt.

Warnsdorf. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“
erschien heute vormittag um halb 11 Uhr, von

Görlitz kommend, über der sächsisch-böhmischen
Grenze und berührte auch die Stadt Warnsdorf.

Pilsen. (Amstsch.) Um 12 Uhr 40 überflog
das Luftschiff „Graf Zeppelin“ die innere Stadt.
Die Meldungen über den Flug des Luftschiffes,
die bereits durch ausgehängte Mitteilungen der
Blätter dem Publikum bekannt waren, haben
ein begriffliches Interesse bei der Einwohner-
schaft von Pilsen hervorgerufen, die in großer
Zahl auf den Straßen und Dächern versammelt
war. Das Luftschiff überflog in langsamer Fahrt
die Stadt und war infolge des guten Wetters
sehr gut sichtbar.

Nachmittags in Friedrichshafen gelandet

Friedrichshafen, 25. August. Das Luftschiff
„Graf Zeppelin“ ist von seiner Berlin-Königs-
berg-Prager Fahrt zurückkommend, um 16 Uhr
36 Minuten glatt gelandet.

Wieder eine Revolte in Südamerika.

Diesmal in Peru.

New York, 25. August. Blättermeldungen
zufolge hat die Revolution in Peru großen
Umfang angenommen. Die Hauptstadt ist be-
droht. Der Polizeichef ist verschwunden. Die See-
labellen haben sich den Rebellen angeschlossen.
Die Zeitung „La Nacion“ erfährt aus Arequipa,
daß die vierte Infanteriedivision zu den Auf-
ständischen übergegangen sei.

New York, 25. August. Nach einer amtlichen
Meldung aus Lima ist die peruanische Regie-
rung zurückgetreten.
Das Kabinetts wird in Peru vom Staats-
präsidenten ernannt, und seine Amtsdauer hängt
von diesem ab.

Lima (Peru), 25. August. Staatspräsi-
dent Leguia ist von seinem Posten zurück-
getreten.

Paris, 25. August. Havas berichtet aus
Buenos Aires: Die telephonischen Verbindungen
mit Peru sind unterbrochen. Nach Meldungen von
der Arica-Grenze greift die Aufständischenbewegung
auch auf die nördlich und östlich gelegenen Gegenden
aus. Alle Militärschulen und weiteren
Regimenter sollen sich der Bewegung angeschlossen

haben. Man rechnet mit dem Angriff der Flotte
auf Mollendo.

Paris, 25. August. Eine Agentur berichtet
aus Santiago: Ein von der peruanischen Grenze
eingetroffenes Telegramm besagt, daß die
Reiterei der Truppen der Garnison von
Arequipa viel ernster gewesen ist, als
man anfänglich glaubte. Sämtliche Polizeistreit-
kräfte haben sich den Aufständischen angeschlossen.
Auf beiden Seiten sind zahlreiche Tote und Ver-
letzte zu verzeichnen. Die Aufständischen haben
sich der Stadt bemächtigt. Sie drangen in das
Rathaus ein und vernichteten viele offizielle
Dokumente. Hunderte von Bewohnern der Stadt
vermehrten bald die Reihen der Aufständischen
und nahmen eine regelrechte Plünder-
ung der großen Warenhäuser vor. Gegenwärtig
sind die Hände der Aufständischen gefallenen
Geschütze auf den die Stadt umgebenden
Höhen postiert. Der Führer der Rebellen hat
Befehl gegeben, auf jede Regierungstruppen, die
gegen die Stadt vorrücken sollte, zu feuern. Die
Revolutionäre haben an das peruanische Volk ein
Manifest gerichtet, in dem es heißt, die
gegenwärtige Bewegung suche den Wünschen der
Nation gerecht zu werden. Die Aufständischen
hätten kein anderes Ziel als die Wiederher-
stellung der Ordnung im Lande.

Fortsetzung des französischen Streiks?

Lille, 25. August. Die mit der Unter-
haltung der Maschinen in der Metallindustrie und
in den Spinnereien beschäftigten Arbeiter haben
in einer Tagesordnung die Fortsetzung des
Streikes beschlossen, weil sie gegen das System
der Arbeitszulagen, das eine Einschränkung
der Arbeitgeber darstelle, protestieren.

Paris, 25. August. Dem „Intransigent“
zufolge haben die Textil- und Metallarbeiter von

Roubaix und Tourcoing in Generalstreikver-
sammlungen die Fortsetzung des Ausstandes be-
schlossen. Sie erklärten die Vorschläge der Arbeit-
geber für nur scheinbare, aber keine tatsächlichen
Konzessionen. Der Sekretär des Zentralstreik-
komitees betonte einem Vertreter des Blattes
gegenüber, daß der Streik bis zum Neuesten
durchgeführt werden würde. Die gewerkschaftlich
organisierten Arbeiter erhielten Streikprämien,
die nicht organisierten würden von den sozialisti-
schen Gemeindeverwaltungen unterstützt.

Aufmarsch zur Wahl.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Parteien haben ihre Kandidaten auf-
gestellt, die Wahlprogramme sind bekannt ge-
geben, die ersten großen Kundgebungen wur-
den veranstaltet. Das Bild der Öffentlichkeit
hat sich jedoch kaum verändert, obwohl auch
dem politisch wenig Beteiligten klar sein muß,
welche große Bedeutung der Ausfall ge-
rade dieser Wahl haben wird. Das mag
wohl in der Hauptsache daran liegen, daß wir
einen Wahlkampf in den Formen früherer
Zeiten und nach dem Vorbild anderer Länder
kaum noch haben. Die Zeitungen polemisieren
wohl gegen einander, da aber der Normalleser
nur sein eigenes Blatt zu Gesicht bekommt, so
sind ihm die Gründe des politischen Gegners
unbekannt. Auch in den Versammlungen wird
nicht mehr diskutiert. Kommunisten und Ha-
kenkreuzler lassen die Gegner, selbst wenn sie
sie zu sich einladen, nicht zu Worte kommen,
in den Versammlungen der anderen Parteien
würde es zu Wort und Totschlag kommen,
wollte man Diskutierfreiheit gewähren. Die
Versammlungen werden deshalb zu Schaustel-
lungen ausgestattet, mit Aufzügen, Chören,
Filmskizzen; sie dienen mehr zur Sammlung
der eigenen Leute, als zur Gewinnung von
neuen Anhängern. Die Agitation unter den
ununterrichteten oder noch schwankenden Wäh-
lern muß sich anderer Mittel bedienen.

Auch die Sozialdemokratie kann
eine freie Diskussion in ihren Versammlungen
nur dort zulassen, wo sie gewiß ist, daß sie
von Kommunisten und Hakenkreuzlern nicht
zur Terrorisierung Andersdenkender mißbraucht
wird oder gar zur körperlichen Bedrohung
der Versammlungsbesucher ausartet. Die Ro-
daultustigen sind also von vorneherein ausge-
schaltet. Aber gerade das hat dazu geführt,
daß die sozialdemokratischen Veranstaltungen
besser denn je besucht sind. Sie zeugen von
einem Offensivgeist, wie wir ihn in
solcher Stärke schon lange nicht erlebt haben.
Sie sind getragen von einer Ueberzeu-
gungstreue, die das Beste für den Aus-
gang der Wahlen erwarten lassen. Eine aus-
gezeichnete Stimmung herrscht vor allem auf
den Bezirksparteitagen der Sozialdemokrati-
schen Partei, die die Aufstellung der Kandida-
ten zu besorgen hatten. Hier sprachen und
handelten die Tausende Funktionäre der Par-
tei und einmütig kam der Wille zum Aus-
druck, den Wahlkampf so zu führen, daß er
mit einem großen Erfolge der Sozialdemo-
kratie enden müsse.

Die sozialdemokratische Partei hat die
modernsten technischen Hilfsmittel in den
Dienst ihrer Wahlarbeit gestellt. In vielen
Millionen von Wahlzetteln
und Flugblättern werden den Wählern
die Ziele und Forderungen der Sozialdemo-
kratie vorgeführt. Der Text ist häufig durch
bildliche Darstellungen ergänzt. Die Plakatsäulen
werben für die Sozialdemokratie, in den
Kinotheatern wird der Reklameteil dem
gleichen Zwecke dienstbar gemacht. Die ein-
zelnen Parteibeiräte lassen Lautsprecherautos
von Ort zu Ort fahren, führen besondere
Wahlfilme vor und laden zu politischen
Revueen ein. Sogar der Tonfilm wird für die
Wahlagitation herangezogen. Eine Versamm-
lung wird vorgeführt, in der die Abgeordneten
Wissel, Herz und Breitscheid kurze Anspra-
chen halten; der Schluß klingt in einen Frei-
heitsang aus. Es ist ein erster Versuch, der
über Erwarten gut gelungen ist. Freilich sind
die Kosten für die Herstellung nicht gerade
gering, die Sozialdemokratie ist die einzige
Partei, die sich dieses Mittels bedienen kann.
Die Hauptsache in der sozialdemokratischen
Agitation wird aber auch diesmal die Wer-
bung von Mund zu Mund sein. Mehr
als je zuvor wendet sich deshalb die Auf-
merksamkeit der Agitation in den Betrieben
und in den Häuserblöcken zu. Hier wird die
wesentliche Arbeit in den letzten beiden
Wochen vor der Wahl geleistet werden.

So weit das äußere Bild der Wahlbe-
wegung. Der größte Darm ist bisher von

Kommunisten und Nationalsozialisten gemacht worden, aber das bedeutet noch keineswegs, daß sie damit ihre Aussichten verbessert haben. Nach alter Erfahrung stumpt man die Hörer ab, wenn man nur im Superlativ zu ihnen redet und jede Steigerung unterläßt. Auch die organisatorischen Verhältnisse dieser beiden Parteien sprechen dagegen, daß sie mehr als einen konjunkturellen Erfolg erzielen werden. Freilich bietet die Wirtschaftskrise den günstigsten Nährboden für die verantwortungslose Agitation, wie sie von Kommunisten und Salentkämpfern getrieben wird. Da die Nationalsozialisten den Kommunisten in der Demagogie zehnfach überlegen sind, so ist damit zu rechnen, daß die in weiten Teilen der Bevölkerung herrschende Verzweiflungsstimmung in der Hauptsache den Hitlerleuten zugute kommen wird.

Keuferste Verwirrung herrscht im Lager der bürgerlichen Parteien. Alle Versuche, eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen, sind mißlungen. Ohne die Nationalsozialisten und die noch zu erwartende Splitterparteien ziehen von dieser Seite vier Gruppierungen in den Wahlkampf. Der Rest der Deutschen Nationalen unter Eugenberg wird zwar einen Teil seiner bisherigen Stimmen verlieren, sowohl an die Nationalsozialisten, wie an die Volkonservativen und die Landvolkpartei; aber da man über den großen Presseapparat verfügt, so hat man dort die Hoffnung nicht aufgegeben, in annehmbarer Stärke wieder in den Reichstag zurückzukehren. Nach langen Bemühungen ist es endlich gelungen, eine Art Burgfrieden zwischen den anderen auf der Rechten stehenden Parteien zustande zu bringen. Das sind die Volkonservativen mit den Christlichsozialen, Christlichsozialen und Landvolkpartei, sowie die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei. Daß diese Gruppe irgendwelche größeren Erfolge erzielen wird, erscheint gänzlich ausgeschlossen. Auch die Vereintigung der Demokraten mit dem Jungdeutschen Orden zur Staatspartei hat keine Aussicht, zu bestimmendem Einfluß zu gelangen. Schwierig ist die Lage des Zentrums. Es weiß, daß die Wirtschaftskrise und die sozialreaktionäre Politik des vom Zentrum geführten Kabinetts Brüning zu schweren Verlusten unter den katholischen Arbeitern führen wird. Es macht daher die größten Anstrengungen, seine Position zu halten. Denn die Entscheidung darüber, wie sich künftig der Kurs der Reichspolitik gestalten wird, liegt voraussichtlich beim Zentrum. Kann es seine bisherige Mandatsstärke erhalten, so wird es das als eine Aufmunterung ansehen, unter Ausschaltung der Sozialdemokratie noch dichtere Fühlung mit den Rechtsparteien zu suchen. Erleidet es aber eine Niederlage, so ist es gezwungen, seine bisherige politische Stellungnahme wesentlich zu revidieren.

Die Sozialdemokratie hat in diesem Wahlkampf die heftigsten Angriffe aller anderen Parteien auszuhalten. Von vorn wird sie vom Besitzbürgertum berannt, von hinten fällt ihr die kommunistische Partei in den

Rücken. Gerade deshalb aber sieht sie dem Ausgang der Wahl mit Zuversicht entgegen. Vom ersten Funktionär bis zum letzten Parteimitglied steht sie bereit, allen Feinden der

Arbeiterklasse eine Schlacht zu liefern, die die Wiederholung einer so reaktionären Politik, wie sie vom Kabinett Brüning getrieben worden ist, unmöglich macht.

„Deutschlands letzte Hoffnung“.

Nationalsozialisten über Nationalsozialisten.

Wo man in der Hitler-Partei auch hinsieht, überall stinkt es, überall riecht es nach Korruption. Der neueste Korruptionsskandal wird aus der Pfalz gemeldet, wo ein Lehrer Bürdel den Spitzenkandidaten für die Reichstagswahlen macht. Dieser Bürdel, von Beruf Volkserzieher und im Nebenamt Gauleiter der Hitler-Partei in der Pfalz, ist eine ganz besondere Nummer.

Bürdel hat monatelang Gelder der Hitler-Partei für persönliche Ausgaben benutzt. Von Mitgliedsbeiträgen zahlte er seine Wechselprolongationen, die Reisen seines Automobils, die Kraftfahrzeugsteuer, die Autoversicherung und was sonst noch. Das und anderes mehr wird in einem Bericht einer Prüfungskommission eingehend dargestellt. Diese haarsträubenden Zustände veranlaßten den Geschäftsführer der nationalsozialistischen Partei Weinschenk aus Königssbach zu folgendem Brief an Hitler:

„Die Zustände im Gau Pfalz sind unhaltbar geworden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nach dem Fall Forster weitere Skandale folgen, die jetzt schon ihre Schatten vorauswerfen. Als Mitglied des Gauuntersuchungsausschusses und Geschäftsführers des Gau Pfalz erachte ich es als meine Pflicht, Sie rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, um der Partei Schande und Schmach zu ersparen. Da das vorzubringende Material Hunderte von Aktenseiten füllen würde, ist es mir unmöglich, die Sache schriftlich niederzulegen. Ich bitte deshalb im Interesse der Partei dringend um mündliche Aussprache mit Herrn Major Buch oder Herrn Straßer. Nachdem es sich hier fast ausschließlich um den Gauleiter Bürdel handelt, so bitte ich, diesen zunächst von meinem Schreiben nicht in Kenntnis zu setzen, da hierdurch mein Leben aufs Spiel gesetzt würde. Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß der gesamte Gauuntersuchungsausschuh nach Lage der Sache zur Behandlung dieser Angelegenheit nicht in Betracht kommen kann.“

Weinschenk wurde bald darauf von der Reichsleitung in München gehört, man stellte dort u. a. die Amtsenthebung Bürdels in Aussicht, aber amtsenthalten wurde er nicht. Er blieb in Amt und Würden, ohne daß er die für sich bemühten Parteigelber bis heute zurückgezahlt hätte. In der Mitgliedschaft brach ein Sturm der Entrüstung los. Aber nicht Bürdel ging, sondern seine Gegner wurden gegangen und ausgeschlossen. Als Prämie für seine Unehrlichkeit soll er jetzt in den Reichstag geschickt werden. Statt abgehälft wird er befördert, weil er über die in- und ausländischen Geldquellen der Hitlerianer zu gut Bescheid wissen und auch sonst über die Korruption in Hitlers Laden genau eingeweiht sein soll.

Als feststand, daß die Reichsleitung der Nationalsozialisten in München dem korrumpierten Bürdel kein Leid zufügen würde, weil eben eben die eine Krähle der anderen kein Auge ausstach, hat ein Nationalsozialist aus der Pfalz den Nationalsozialisten und jetzigen Reichstagskandidaten Bürdel in einem Brief ein-

gehend charakterisiert. Wir geben diesen Brief im Wortlaut wieder, weil er nicht nur gegen den Reichstagskandidaten Bürdel, sondern zugleich gegen die Nationalsozialistische Partei in ihrer Gesamtheit spricht, die ein Individuum wie Bürdel duldet und trotz seiner Schwereereien fördert. Der Brief lautet:

Königsbach a. P., 17. April 1930.

Herrn Lehrer Bürdel, Besitzer des „Eisenhammer“, Königssbach.

Ich kann Sie nicht Gauleiter nennen, das wäre nämlich meines Erachtens eine Schädigung des Ansehens der NSDAP.

Ich kann Sie nur Besitzer des „Eisenhammer“ nennen, da Sie sowohl Ihrer inneren Einstellung als Ihrer geheimen Tätigkeit nach zu dieser Schande der NSDAP, ja sogar Schande des 20. Jahrhunderts passen; denn Sie sind ja nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die seelische Verkörperung dieses Schmachproduktes.

Wenn Sie sich auch von Bachmann in einem Brief an Büssel Ihren Nationalsozialismus befeigen lassen, so ist dies für die Allgemeinheit belanglos, da dieser Judenfreund und Parteiverräter vom Nationalsozialismus genau so wenig Abnung hat wie Sie. Und wenn Ihr Spezi und Adjutant Köhrig meint, Sie wären ein Charakter, so ist dieses Zeugnis wertlos, da dieser Mensch so wenig Charakter wie Sie ansieht, hat er sich doch schon finanzielle Verschlingungen (Unterschlagung von Parteigeldern und Betrug) zuschulden kommen lassen.

Ein Mensch,

der sich mit solch tiefstehenden Personen abgibt, der Spießdienste leistet, der im Schmutz wühlt und Intrigen spinnt, der andere für sich einsperren läßt, der seine eigene Verantwortung und Konsequenz brüht,

der nur niedere, schamlose und schamlose Gesinnung, aber keine ehrbaren Ideale besitzt, der zur Erreichung seines egoistischen Zwecks zur Mäßigung und Erpressung schwachen Personen gegenüber greift,

der abwesende Parteimitglieder öffentlich beschimpft und verleumdet,

der es vor Gericht und im Privatleben mit der Wahrheit nicht genau nimmt,

der abgekartete Lügen an Stelle der eigenen Personen setzt,

der andere zum Fallscheide informiert, der nur verspricht und nichts hält,

der Professionalismus an Stelle der Allgemeinheit setzt,

der Volkspolitiker zu sein vorgibt und alles aufstimmende Gute, Wahre und Schöne verachtet,

der halslos und ziellos ohne Überlegung und Berücksichtigung des Ausganges sich die gemeinsamen Ausfälle erlaubt,

der das Freie und Unverantwortliche anbietet, der die persönliche Ehre von Parteigenossen mit Füßen tritt,

der Dankbarkeit als einen veralteten Begriff ansieht,

der Armen und Schwachen gegenüber gemein und brutal wird,

der sich schlaflose Nächte macht, weil er nicht weiß, welche Rolle er einmal spielen will, der Ggiffen kleiner Parteigenossen vernachlässigt, der vor keinem Terror zurückfährt, den kleiner Parteigenossen gegenüber den starken Mann- und Latmenischen zu spielen, der seine Privatwirtschaft zum Kreditbetrug eingerichtet hat, der den Unterschied zwischen Wein und Wein nicht kennt, der geleistete Arbeit mit Unverschämtheit und Gemeinheit bezahlt,

der in ständigen Kengsten vor Enthüllungen lebt, ist keine Führernatur,

sondern ein gewissenloses und charakterloses Individuum, ein politischer Abenteuerer, ein gemeingefährlicher Verbrecher und Verräter an einem Ideale, für das Tausende zu sterben bereit sind. Solche Schädlinge gehören nicht, wie vielfach behauptet wird, ins Irrenhaus, sondern ins Zuchthaus.

Daß Sie in kürzester Zeit vorstünden, dafür garantiere

Herrn Josef Bürdel!

Das Original dieses Schreibens, dessen Verfasser ich auf Wunsch Ihnen zu nennen ermächtigt bin, ist in meinem Besitz. Mit dem Inhalt bin ich 100prozentig einverstanden. R. G. ist das Schreiben jedoch noch lange nicht ausführlich genug.

Kaiserslautern, den 17. April 1930.

ges. Hermann Böfel.

So urteilen Nationalsozialisten über Nationalsozialisten. Wir haben dem nichts hinzuzufügen!

Revierkonferenz in Ostau.

Mähr.-Ostau, 24. August. Heute vormittags fand im Volkshaus in Mähr.-Ostau eine gemeinsame Revierkonferenz der Funktionäre der einzelnen Gruppen und der Betriebsratsmitglieder aller sechs Bergarbeiter-Gewerkschaften, die den Lohnvertrag des hiesigen Reviers kontrahiert haben, statt. Anwesend waren im ganzen 482 Delegierte aller sechs Bergarbeiterorganisationen. Zu dem Bericht des Hauptreferenten, des Abgeordneten Brožík (Dobz horniska) gaben die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften namens ihrer Organisationen Erklärungen ab. Hierauf wurde ohne Debatte einstimmig eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

„Der Erlaß der Revierbergämter, daß die Berghauptmannschaft die Befehle der Verwaltungen der Bergbauunternehmen gegen die aufhebende Wirkung des Rekurses der Betriebsräte angelehnt hat und daß bis zur rechtsgültigen Entscheidung die Auszahlungen wieder 14tägig vorgenommen werden sollen, wird zur Kenntnis genommen. Sollte es zu einer Aufhebung des bisherigen Standes der Auszahlungen kommen, der bereits 18 Jahre andauert, so sind die Organisationen entschlossen im gegenseitigen Einvernehmen die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Der Erlaß einer regelrechten Dienstordnung wird neuerlich urgiert, damit ähnliche Vorkommnisse unmöglich gemacht werden. Gegen die beabsichtigte Entlassung von Bergarbeitern wird protestiert. Diese Entlassungen scheinen der Verammlung eine Vergeltung dafür zu sein, daß sich die Bergarbeiter gegen das Vorgehen der Gewerke zu Wehr setzen. Schließlich wird in der Resolution die möglichste Beschleunigung der Verhandlungen über die Revision der geltenden Kollektivverträge, einer von den Gewerkschaften schon seinerzeit gestellten Forderung, gefordert.“

Die Fürstin und ihr Bandit.

Roman von Georg Strelitzer. 44

Deutsche Rechte Th. Anaur Nachl. Verlag.

Indessen waren die Bauern und Fischer aus der ganzen Gegend nach Tulcea gekommen, um Balaban, ihren Liebling, sprechen zu hören. Dort und da, auf den Straßen und Plätzen, bildeten sich kleine Gruppen, die in scharfen Worten zu dem Verbote Stellung nahmen.

Jonescu ließ die Gendarmen aufmarschieren. Alle, die es gewagt hatten, die Verfügung der Behörde zu kritisieren, wurden in Haft genommen. Mit der Methode des Schreckens wollte man der Balaban-Begeisterung ein jähes Ende bereiten. Aber die Bevölkerung ließ sich nicht so leicht ins Bodshorn jagen.

Immer neue Scharen drängten sich in die Stadt, demonstrierten gegen den neuen Präfecten und brachten Hochrufe auf Balaban und Costiceanu aus. Die beiden hatten inzwischen bei Jonescu vorgesprochen und die Freilassung der Verhafteten gefordert. Der Polizeichef beharrte hartnäckig auf seinem Standpunkt und drohte mit verschärften Maßnahmen. Uebrigens verlangte er, daß Balaban sofort die Stadt verlasse, weil seine Anwesenheit geeignet sei, die Erregung unter der Bevölkerung zu verstärken. Er stellte eine Frist von vier Stunden.

Zweifellos hegte er die Absicht, Balaban aufs höchste zu reizen. Denn am Schlusse seiner Erklärung machte er eine abfällige Bemerkung über die moralischen Qualitäten des neuen Kandidaten. Costiceanu legte Verwahrung dagegen ein. Balaban rührte sich nicht.

Da rief der Polizeichef: „Es ist eine Schande, daß ein gemeiner Mörder, ein Strauchdieb wie dieser hier es wagen darf...“

Weiter kam er nicht. Eine weit ansholende Bewegung des ehemaligen Räuberhauptmanns, dem plötzlich die Horneströme ins Gesicht stieg — und schon fiel seine mächtige Tasse klatschend auf das Gesicht des Polizeigewaltigen. Dies ging so rasch vor sich, daß Costiceanu seinen Begleiter nicht mehr zurückzureißen vermochte.

Jonescu taumelte mit einem Schmerzensschrei zurück. Aus seiner Nase quoll ein Blutstrom.

Aber im nächsten Augenblick stürzten sich mehr als ein Duzend Gendarmen, die im Hintergrund des Saales Aufstellung genommen hatten, auf Balaban, rissen ihn zu Boden, fesselten ihn und schafften ihn ins Arrest.

Soweit der erste Bericht, der zu uns nach Bukarest gelangte.

Das offiziöse Organ sprach von einem rohen Widerstand gegen die geheiligte Staatsgewalt, der eine gerechte Sühne finden müsse. Der heldenmütige Polizeipräsident von Tulcea sei ein Opfer seiner Pflicht geworden. Nun könne man sehen, wohin es führe, wenn man einen Regierungstäter gut, Balabans Amnestierung zu annullieren. Es sei selbstverständlich, daß ihm jetzt in aller Form der Prozeß gemacht werden müsse, auch wegen der früheren Verbrechen, die er heute unbegreiflicher Gnadenakt des Königs mit dem Mantel der Vergessenheit bedeckt habe.

Die Ausgaben der Oppositionspresse, die das provokatorische Verhalten des Polizeichefs feststellten und das Verbot der Wahlversammlung, in der Balaban seine erste Rede halten sollte, als ungesetzlich und als einen Willkürakt der Behörde erklärten, wurden konfisziert. Der alte Trabianu triumphierte.

Balaban hinter Schloß und Riegel — die Opposition mundtot gemacht — in Bessarabien Verklündung des verschärften Belagerungsustandes — die Presse geknebelt — die Bevölkerung

in Angst und Schrecken versetzt — mehr konnte er sich nicht wünschen. Die Wahlen waren gesichert!

Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht; besser: ohne Balaban.

Uns war es zwar unmöglich, mit Tulcea Verbindung zu erhalten, da die Regierung den gesamten Telephon- und Telegrammverkehr unter strenger Kontrolle hielt und keine Nachrichten durchließ. Durch Kuriere erfuhren wir nur, daß Varbu Costiceanu auf der Heimreise nach Bukarest in Galaz von der Polizei festgehalten wurde.

Aber zwei Tage nach der Verhaftung Balabans verbreitete sich in der Hauptstadt das Gerücht, in Tulcea und Umgebung wären große Unruhen ausgebrochen. Aus Galaz sei ein Regiment Infanterie in das Donaudeltagebiet beordert worden.

Wir stellten sogleich Reporter auf dem Nordbahnhof auf, um Erkundigungen bei den aus Galaz und Braila eintreffenden Reisenden einzuziehen. Aber diese wußten auch nichts Näheres. Sie konnten nur die Gerüchte bestätigen, die bereits in Bukarest in Umlauf waren.

Seltam erschien es uns, daß die von der Regierung abhängige Nachrichtenagentur nicht ein Wort über die angeblichen Unruhen brachte. Man übergab die Gerüchte mit eifrigem Schweigen.

Am dritten Tage plakte aber eine neue Bombe. Die „Lupta“ war es, die sie zur Explosion brachte, und zwar auf eine sehr eigenartige Weise. Alle Sonderberichtersteller, die von den verschiedenen Zeitungen in den letzten Tagen der Ungewißheit auf gut Glück in das Donaudeltagebiet entsandt wurden, waren unterwegs von der Gendarmen aufgehalten worden. Einige, denen es trotzdem gelang, bis nach Tulcea vorzudringen, konnten das, was sie gesehen und

gehört hatten, nicht weiter berichten, weil die Postbehörde auf Weisung der Regierung die Telegramme zwar entgegennahm, aber nicht an die Zielstation beförderte. Ebenso wurden die Briefe untergeschlagen. Natürlich versuchte es dieser oder jener, um den Zweck der Zeilen zu verheimlichen, seine Mitteilungen statt an die Redaktion an eine unverdächtige Privatadresse gelangen zu lassen, aber auch diese Briefe erreichten ihren Bestimmungsort nicht. Man hatte auf die Journalisten eben ein scharfes Auge.

Daher war die „Lupta“ auf einen sehr einfachen Trick verfallen. Statt einen ihrer den Behörden wohlbekannten Redakteure betraute sie eine gelegentliche Mitarbeiterin mit der schwierigen Aufgabe, den Schleier, der sich um die Ereignisse in Tulcea und Umgebung zog, zu lüften.

Diese junge Dame setzte sich auf die Bahn und nahm ihren dreijährigen Keffen auf die Reise mit. Und in der Tat erregte das Frauenzimmer mit dem Kind keinen wie immer gearteten Verdacht der Behörden. Ungehindert kam sie nach Tulcea, wo sie in aller Ruhe ihre Recherchen aufnehmen konnte. Der kleine Schicksal an ihrer Seite war ihr der beste Schutz. Niemand schöpfte auch nur den geringsten Argwohn.

Während es den anderen Zeitungsschreibern unmöglich gemacht wurde, die Stadt zu verlassen, durfte sie ruhig ihres Weges ziehen.

Allerdings untersuchte die Gendarmen alle Reisenden, welche Tulcea den Rücken lehrten, nach Briefschaften. Es bestand nämlich der Verdacht, die unter Kontrolle stehenden Reporter könnten den Versuch unternehmen, ihre Post durch Mittelsleute hinauszuschmuggeln.

(Fortsetzung folgt.)

J. Piffner

Wien, 25. August. (Eigenbericht.) In Czernowitz ist gestern der sozialdemokratische Abgeordnete Jakob Piffner plötzlich gestorben. Piffner war noch nicht 50 Jahre alt. Er war bereits im österreichischen Parlament Führer der sozialdemokratischen Bewegung in der Bukowina. Nach dem Einmarsch der Russen in die Bukowina war er eine Zeitlang in Wien Redakteur der „Arbeiterzeitung“. Nach dem Umsturz wurde er einer der Führer der rumänischen Sozialdemokratie und gehörte seit dem Umsturz dem rumänischen Parlament an.

Ereignis der SAZ.

Zürich, 24. August. Die Ereignisse der sozialistischen Arbeiterinternationale hat gestern abends ihre Tagung beendet. Sie nahm einstimmig eine Entschließung an, in der der Internationale Gewerkschaftsbund eingeladen wird, eine gemeinsame Kommission einzusetzen, die ein Programm für die gemeinsame Aktion vorbereiten soll.

Zu den Vorgängen in Finnland wurde einstimmig eine Kundgebung beschlossen, in der gegen die Lappo-Bewegung protestiert wird, die sich Angriffe auf die demokratischen Rechte und die bürgerliche Freiheit habe zuschulden kommen lassen, während die finnländische Regierung diese Gesetzesverletzungen geduldet habe.

Im Rahmen der Debatte über die allgemeine politische Lage wies der Vorsitzende de Brouckere auf die Bedeutung des noch ungeklärten Saarproblems hin, dessen Weiterbestehen eine Ursache von Mißstimmung und Reibereien zwischen Deutschland und Frankreich bilde. Es wurde die Einsetzung einer Kommission von Vertretern der deutschen und französischen sozialistischen Parteien unter dem Vorsitz von de Brouckere zum Zweck der Ausarbeitung praktischer Vorschläge zur Lösung des Saarproblems beschlossen.

Zur indischen Frage wurde einstimmig bei Stimmeneinstellung der britischen Delegation eine Resolution beschlossen, in der das Vertrauen ausgedrückt wird, daß es der Arbeiterregierung Großbritanniens gelingen werde, den Forderungen der indischen Völker nach Selbstregierung Genüge zu tun.

Auf Antrag des Berichterstatters Albaradoholland wurde ein Aktionsprogramm zur Abrüstungsfrage beschlossen, in dem u. a. das Sekretariat beauftragt wird, vor der Novembertagung der vorbereitenden Abrüstungskommission Kundgebungen für Frieden und Abrüstung zu organisieren. Diese Kundgebungen sollen internationalen Charakter tragen und auch in Grenzorten abgehalten werden, so daß Arbeiter verschiedener Länder zu einer gemeinsamen Friedens- und Abrüstungsaktion zusammenkommen können. Auf Vorschlag der britischen Delegation wurde beschlossen, den Arbeiterparteien des britischen Reiches Einladungen zur Teilnahme am nächsten Kongreß der Internationale, der im Juli 1931 in Wien stattfindet, gehen zu lassen.

Ein nettes Programm!

Treviranus: gegen die Selbstverwaltung, gegen die Verfassung, für liberale Wucherfreiheit.

Bremen, 24. August. In einer sehr gut besuchten Wählerversammlung sprach hier gestern abends Reichsminister Treviranus als Spitzenkandidat der konservativen Volkspartei für den Wahlkreis Bremen. Unter Hinweis auf seine Rede über den polnischen Korridor führte er aus: Diese Rede habe darum einen solchen Widerhall in der Welt gefunden, weil die Welt darüber erkannt gewesen sei, daß ein Vertreter eines wehrlosen Volkes trotz der fehlenden Macht zu sagen wolle, was er empfinde.

Der Redner forderte dann eine Reform der Gemeindefinanzen durch Umbau der Gemeindefinanzverwaltung und Abbau der bisherigen Politifizierung auch der kleinsten Gemeinschaft als Grundbedingung für eine Gesundung der Reichsfinanzen. Nur durch eine Beseitigung der öffentlichen Zwangswirtschaft könne man zu gefunden inneren Verhältnissen gelangen. Außerdem trat er für den Umbau der Weimarer Verfassung ein. Einen breiten Raum in der Rede des Reichsministers nahm infolge von Zwischenrufen aus der Versammlung, die dem Redner Treubruch und Verrat vorwarfen, die Auseinandersetzungen mit den früheren sozialdemokratischen Parteigenossen ein.

Massenflucht der Hopfenpflücker aus dem Gaugerland.

Die ungemein geringe Verdienstmöglichkeit und schlechte Behandlung sind die Ursache. — 500 Leute auf dem Hungermarsch in die Heimat.

Alljährlich bringen zur Zeit der Hopfenernte die Tüge unzählige Menschen in die Hopfenregionen. Es sind das Menschen aus den ärmsten Gebieten des Staates, Menschen, die jede Gelegenheit wahrnehmen müssen, um sich durchs Leben zu fristen. Neben der Aussicht, während der Hopfenernte verlorat zu sein, locken die paar Kronen, die die Pflücker erübrigen können. Diese sollen ihnen über die ärgste Winterzeit hinweghelfen.

Die Eröffnung des internationalen Genossenschaftskongresses.

Wien, 25. August. Heute vormittag wurde im Großen Saal des Konzerthauses der Internationale Genossenschaftskongress eröffnet. An dem Kongress nehmen etwa 600 Delegierte aus allen europäischen Ländern, auch aus Sowjetrußland, und aus einer Reihe von überseeischen Ländern teil. Der Vorsitzende der Eröffnungssitzung ist der Präsident des Internationalen Genossenschaftsbundes, der ehemalige finnische Ministerpräsident Väinö Tanner.

In der Eröffnungssitzung überbrachte Staatskanzler a. D. Dr. Karl Renner die Grüße des Verbandes der deutschösterreichischen Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft Österreichs. Renner schildert die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Genossenschaftsbewegung und verweist auf die Entwicklung der Konsumgenossenschaft Wien. Zur Zeit hat die ÖG. schon mehr als 200 Verkaufsstellen mit rund 53.500 Mitgliedern. Nach der Verschmelzung mit den Eisenbahnern wird sie 92.000 Mitglieder mit 280 Verkaufsstellen und einem Gesamtjahresumsatz von 53 Millionen Schilling erreichen. Damit aber ist der Ausgangspunkt für eine größere Entwicklung gewonnen. Erst in der Zukunft wird sich der Segen dieser Vereinigung voll auswirken.

In völlig gleichem Geiste hat die Bewegung in den Ländern außerhalb Wiens die Reorganisation vollzogen: die meisten der kleinen Ortsvereine haben sich zu leistungsfähigen Bezirksvereinen zusammengeschlossen, alle Vereine scharen sich solidarisch um die Großeinkaufsgesellschaft und schließen sich vertrauensvoll an die Führung des Verbandes. Die durchaus einheitliche, durchaus solidarische Organisation des Konsumvereinswesens in Österreich wird von nun an machtvoll in die Breite und in die Tiefe sich ausdehnen, immer mehr Mitglieder mit einem immer wachsenden Teile ihres Gesamtbedarfes erfassen, zum Segen der ganzen arbeitenden Bevölkerung des Landes!

Die Vorbilder, die uns die Internationale Genossenschafts-Allianz und die ihr angeschlossenen Landesverbände, die uns vor allem das Mutterland der Genossenschaften, Großbritannien, gegeben, haben uns bei unserem Werke immer geleitet: die Allianz war unsere große Lehrmeisterin und von Herzen danken wir ihr für alles, was sie uns gegeben hat, danken wir vor allem heute für ihren Entschluß, den 13. Kongreß bei uns in Wien abzuhalten. Mit diesem Danke begrüße ich zugleich ihren Vorstand, das Zentralkomitee und die vielen, vielen hundert Delegierten von dreißig Ländern in unserer Mitte, heiße ich sie herzlich willkommen und verpfehle ihnen im Namen des Verbandes, der Großeinkaufsgesellschaft und sämtlicher österreichischer Vereine, daß wir uns Mühe geben werden, unseren geliebten Gästen den Aufenthalt so gewinnreich und angenehm wie möglich zu gestalten. Dem Kongreß selbst aber rufe ich das Wort Kulemanns, eines deutschen Genossenschaftstheoretikers, zu: „Die Genossenschaftsbewegung ist eine Weltmacht geworden und wird es alle Tage mehr“. Dieser Kongreß möge diese Weltmacht abermals vorwärtsbringen und der Genossenschaftsbewegung jene führende Rolle näher bringen, die sie in der Wirtschaft der Welt verdient.

Dann sprach Präsident Väinö Tanner: „Die Allianz der Völker“ hat sich nun versammelt, um ihren Kongreß in derselben Stadt abzuhalten, wo die gekrönten Häupter vor einhundert Jahren die Schicksale der Völker ordneten und Länder und Macht untereinander verteilten. Schon 35 Jahre später aber hatte die damals gegründete „Heilige Allianz“ ihre Bedeutung ganz verloren. Dagegen umfaßt die im Kristallpalast in London gegründete Allianz nun, nach 35 Jahren, die ganze Welt mit ihren Zweigen. Die Grenzen der Staaten, die Ver-

Die Hopfenpflücker kein beneidenswertes ist, ist eine bekannte Tatsache. Das weiche Kleid, das unter diesen Leuten herrscht, beleuchtet blühartig die Ereignisse, die sich in den letzten Tagen in Gauger Land abspielten.

In der Gegend von Badersam-Kriegern haben sich heuer — wie die Piffner „Nova Doba“ berichtet — 10—15.000 Pflücker eingefunden. Die letzten Hoffnungen vieler von der Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen haben sich an diese Verdienstmöglichkeit gesammelt. Doch bittere Enttäuschung erwartete ihrer. Das Angebot der Pflücker ist sehr groß, die Hopfenbauern finden für einen Arbeiter zehn andere. Diesen Verhältnissen entsprechen auch die Löhne, die die Pflücker erhalten.

Nicht ein einziger ist unter diesen Tausenden Pflückern, der an einem Tag voller Arbeit 10 K verdient hätte.

Der schwache Ernteausfall sowie das beständig schlechte Wetter tun das übrige, um die Arbeit zu verzögern und den Verdienst der Pflücker zu schmälern.

Die Hopfenbauern, die sich in früheren Jahren an zu hohe Profite gewöhnt haben, wollen von diesen nicht abgehen und wälzen alle Lasten auf die Arbeiter ab.

An Tagen, wo die Pflücker infolge beständigen Regens überhaupt nicht arbeiten können, bekommen sie nicht einmal das Mittagessen — gewöhnlich nur eine Suppe —, auf das sie vertraglich Anspruch haben.

chiedenheit der Nationalitäten, der Sprache und der Konfessionen haben ihr ebenso wenig wie verschiedene Ansichten über politische und soziale Fragen Hindernisse in den Weg stellen können. Sie umfaßt zur Zeit 40 verschiedene Länder und die Anzahl der Mitglieder dieser neuen demokratischen Republik beträgt 55 Millionen Familien oder mehr als 200 Millionen Personen. Diese größte Republik der Welt kann also ohne sich zu brüsten mit Karl dem Fünften ausrufen: „In meinem Reich geht die Sonne nie unter!“

Unserem Kongresse steht eine Arbeit von großer Bedeutung und Gewicht vor. Es kommt auf ihn an, die Bedeutung der Entwicklung während der letzten drei Jahre einzuschätzen und Richtlinien für neue Siege zu ziehen. Besonders heute, wo die ganze Welt unter den Wirkungen einer schweren und anhaltenden Wirtschaftskrise zu leiden hat, ist es von der größten Bedeutung, daß die Genossenschaftsbewegung in rechte Pfade gelenkt wird. Auch die Diskussionsgegenstände, über welche kompetente Sachverständige hier später Bericht erstatten werden, garantieren, daß wir glücklich in diesen für unsere Bewegung wichtigen Fragen durch die Klippen steuern werden.

Unsere Aufgabe in den nächsten Tagen ist es also wieder die Ziele des J. G. Z. zu läutern und künftigen wichtigen Entscheidungen den Weg zu ebnen. Das Gelingen dieser unserer Aufgabe hängt von uns allen ab. Ich bin vollkommen überzeugt, daß wir, wenn wir in dem rechten genossenschaftlichen Geiste zusammenarbeiten und der alten Lebensklugheit unserer englischen Genossenschaftsbrüder: „Einigkeit in Hauptfragen, Verträglichkeit in Nebensachen und Liebe in allen Sachen“ Folge leisten, in allen uns vorgelegten Fragen Lösungen finden werden, Lösungen, welche den Völkern als Richtschnur dienen können auf dem Wege zu der Gesellschaft der Zukunft. Nach den beiden Begrüßungsansprachen wurden technische Fragen der Tagung erledigt.

Es begrüßte nun der österreichische Handelsminister Schuster im Namen der österreichischen Regierung. Es konnte ruhig ausgesprochen werden, sagte er, daß die Genossenschaften aller Art durch ihre zielbewusste Tätigkeit zu dem mühevollen Werk des Wiederaufbaues der Wirtschaft im reichen Maße beigetragen und sich der Neuordnung des Wirtschaftssystems in wirksamer Weise eingesetzt haben. Vizebürgermeister Emmertling begrüßte im Namen der sozialdemokratischen Gemeinde und verweist darauf, daß man nach dem Arica Wien eine sterbende Stadt nannte. Es wurde eine neue Stadt aufgebaut, in der gerade der genossenschaftliche Gedanke außerordentlich Fuß gefaßt hat. Dann begrüßte im Namen der landwirtschaftlichen Genossenschaften Prälat Bauhinger, der erklärte, daß die Genossenschaften dem Kampf gegen den Wucher dienen. Die Genossenschaften sind die Rettung des Volkes gegen den Wucher des Großkapitals. Albert Thomas überbringt die Grüße des Internationalen Arbeitsamtes. Es folgte dann eine Debatte über den Bericht des Vorstandes. Dabei bemängelt der französische Delegierte Poisson, daß die Genossenschaften zu wenig streng bei der Ausnahme besonders gegenüber den landwirtschaftlichen Genossenschaften vorgehen. Der Russe Badajew führte Beschwerde darüber, daß man den Kampf gegen den Krieg nicht auf die Tagesordnung gestellt hat. Dem russischen Delegierten antwortet der deutsche Delegierte Lorenz-Hamburg. Es sprechen dann noch mehrere Russen in demselben Sinne wie Badajew. Albert Thomas legt im Namen der französischen Delegation eine Resolution vor, die die Verstärkung der Tätigkeit des Internationalen Genossenschaftsbundes wünscht. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Die Hopfenpflücker argumentieren da sehr einfach: Der Hopfen gilt wenig, und übrigens, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Dazu verlaute noch, daß die Hopfenpflücker mit den Arbeitern, die sich gegen diese grenzenlose Ausbeutung und schlechte Behandlung aussprechen, rücksichtslos vorgehen. So sollen Bauern einen derartigen Arbeiter ins Wasser geworfen haben. Vier andere Leute wurden wegen Aufschnehung angezeigt und dem Gerichte eingeliefert.

Diese Zustände haben viele Hopfenpflücker bewogen, vorzeitig in ihre Heimat zurückzukehren. Diese mußten sogar noch die Bahnfahrt in ihre Heimat bezahlen, denn die Hopfenbauern stehen auf dem Standpunkt, daß die Pflücker den Vertrag gebrochen haben und zahlen sie daher nicht aus. Nicht einmal die Legitimationen, die sie zur Inanspruchnahme von Fahrpreisermäßigungen berechnigen, haben die Hopfenbauern ihnen zurückgegeben. Ohne Bezahlung hat die Bahn niemand befördert. Unter diesem Druck der Not bildete sich eine Gruppe, die den Weg nach Bilsen zu Fuß antrat. Diese wuchs bald auf 500 Personen an. Darunter befinden sich viele Männer, Frauen und Kinder aus dem Plattauer und Rattauer Bezirk.

Diese Vorfälle müssen natürlich die größte Besorgnis um das Schicksal der Hopfenpflücker erwecken. Die Gewerkschaftsorganisationen werden es nicht veräumen, die nötigen Schritte zugunsten der Pflücker einzuleiten. — 500 Leute auf dem Hungermarsch in die Heimat. Wiederum ein Fall, der die Lage der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes trag bezeugt.

Das Wert der Arbeiterregierung im ersten Jahr.

Was sie getan hat. — Was sie tun will.

Der von der Arbeiterpartei herausgegebene „Labour Press Service“ (ArbeiterpresseDienst) enthält unter diesem Titel eine kurze Uebersicht, der wir folgendes entnehmen:

Die erste Session des jetzigen Parlamentes, die am 1. August endete, war eine der längsten und arbeitsreichsten Parliaments-tagungen seit vielen Jahren. Vom Standpunkte der Regierung bot diese Session eine besondere Schwierigkeit infolge des Mangels an einer unabhängigen parlamentarischen Mehrheit. Trotz dieses Hindernisses hat die Regierung jedoch Leistungen zu verzeichnen, die weit eindrucksvoller sind, als unter den gegebenen Umständen zu erwarten war.

Achtundvierzig Regierungsvorlagen haben Gesetzeskraft erlangt. Die wichtigsten davon waren das Budget, das Kohlenengesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz und das Gesetz über die Witwen-, Waisen- und Alterspension. Die Regierung hatte unablässig gegen eine heftige und obstruktionistische Opposition der Konservativen zu kämpfen, was schon aus der Tatsache ersichtlich ist, daß bei diesen vier Gesetzen allein 281 Abstimmungen vorgenommen wurden. Die für diese Abstimmungen verwendete Zeit entspricht ungefähr sieben normalen Sitzungstagen des Unterhauses!

Zu dieser Unmenge von gesetzgeberischer Arbeit kam noch hinzu das Seeabrüstungsabkommen mit Amerika und Japan, die Haager Reparationsregelung, die Räumung des Rheinlandes, die Ratifizierung der Fakultativklausel des Internationalen Gerichtshofes, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Rußland, ein neuer Bündnisvertrag mit dem Irak und die Annäherung der Standpunkte in der ägyptischen Frage.

Während der Parlamentsferien wird sich die Regierung zu beschäftigen haben mit der Völkerbundsession, der bevorstehenden Reichskonferenz und nachher mit der indischen Konferenz am Runden Tisch.

In der Innenpolitik ist die Regierung eifrig mit ihrer Agrarpolitik beschäftigt, deren große Tüge von Snowden am Tage des Sessionenschlusses dargelegt wurden. Es werden Vorschläge unterbreitet werden, die das Land für Kleinbauern leichter erschwinglich machen und ihnen angemessene Sicherheit für den Ertrag bieten sollen. Ein Plan wird ausgearbeitet werden, der zur Linderung der Arbeitslosigkeit beitragen könnte durch die Schaffung einer besonderen Klasse von Landparzellen und durch Musterwirtschaften und Hühnerhöfe bis zu 2 Hektaren für geeignete Arbeitslose. Eine landwirtschaftliche Landverwertungsstelle zur Durchführung des Großbetriebes und eine Reihe von Muster-Bauernhöfen werden geschaffen werden. Die Lage der Getreidebauern in den verschiedenen Gebieten des Reichs wird von der Reichskonferenz beraten werden, worauf die Regierung alle praktischen Schritte unternehmen wird, um dem Getreidebau Englands eine wirtschaftliche Basis zu schaffen. Eine Vorlage über eine Verkaufsorganisation für landwirtschaftliche Produkte wird rasch eingbracht werden, die Produzentenorganisationen gewisse Befugnisse zum Engros-Verkauf von Produkten und zum Schutz dieser Organisationen gegen schädigende Winderheitsgruppen verleihen soll. Diefen Verkaufsorganisationen werden lang- und kurzfristige Anleihen zur Verfügung gestellt werden. Besondere Aufmerksamkeit wird den Löhnen, dem Wohnproblem und dem Mietzins der Arbeiter auf dem Lande geschenkt werden.

Aus diesen kurzen Angaben über die bevorstehende Arbeit ist ersichtlich, daß das zweite Jahr der Arbeiterregierung nicht weniger arbeitsreich sein wird, als das soeben zu Ende gegangene.

Dvořak wird nicht klagen. Nach den militärischen Dienstvorschriften ist, wie die „Lidové Noviny“ schreiben, jeder Offizier verpflichtet, für eine Ehrenbeileidigung sich auf dem Gerichtsweg Gemütuung zu verschaffen. Ausgenommen sind nach den Vorschriften aus dem Jahre 1920 jene Ehrenbeileidigungen, die durch die Presse begangen wurden. In diesem Falle ist der Offizier verpflichtet, von den vorgeordneten Behörden die Erlaubnis zur Klage einzuholen. Außerdem hat der Offizier die Möglichkeit, seine Vorgeordneten um Rat zu fragen, ob er die Klage überreichen soll. Der aus dem Affentierungsprozess bekannte Oberstleutnant Dr. Dvořak hat nun bei seinen Vorgeordneten um einen solchen Rat ersucht. Das Landesmilitärkommando von Pöhmien hat nun dem Dr. Dvořak die Antwort erteilt, es werde ihm nicht geraten, gegen jene Blätter, durch deren Ausführungen er sich beleidigt gefühlt hat, die Klage zu überreichen. Das Landeskommando bewillt weiter, es würde ihm eine solche Erlaubnis auch nicht erteilen. — Was das Disziplinarverfahren betrifft, das gegen den genannten Militärrat eingeleitet werden soll, ist vorläufig noch nichts geschehen, weil das Divisionsgericht das schriftliche Urteil noch nicht ausgefertigt hat.

Die Einschreibungen an der Fachschule für Frauenberufe in Oberleutensdorf gelangen in der Zeit vom 28. bis 30. August zum Abschluß. Erforderliche Vorbildung für die Familienschule, drei Klassen Bürgerschule oder die Untermittelschule, für Aufnahme in den 3. Jahrgang (Lehrwerkstätte für Wäschenähen und Gewerbeberufung für Kleidernähen) ist die Abschließung einer zweiklassigen Familienschule Voraussetzung. Schulgeld halbjährlich 100 K., mittellose Schülerinnen können Ermäßigungen gewährt werden.

Selbstmord. Sonntag in den frühen Morgenstunden sprang der 33jährige Budweiser Kaufmann Franz Kouba von der hohen eisernen Brücke bei der Krumauer Allee in die Waissa. Die Ursache des Selbstmordes ist noch nicht bekannt. Der Unglückliche wurde nach drei Stunden tot aus den Fluten gezogen und in das städtische Leichenhaus übergeführt. — Ebenfalls in Budweis wurde Sonntag in seiner Wohnung der 57jährige Tischlergeselle Adalbert Varta erhängt aufgefunden. Die Leiche wurde in das städtische Leichenhaus übergeführt.

Jugungslid. Einer Agenturmeldung aus Lissabon zufolge ist Sonntag bei Lusa ein Personenzug entgleist. 30 Reisende sind verletzt worden, darunter sechs sehr schwer.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Internationaler Glasarbeiterkongress in Stockholm.

Der Internationale Glasarbeiterkongress, der in Stockholm am 21. August begonnen hat, ist am 23. August nach Erledigung einer sehr reichhaltigen Tagesordnung beendet worden. Das Referat über Rationalisierung und Konzentration in der Glasindustrie erhaltete Kollege Krebs (Deutschland). Die vom Referenten befürwortete Resolution fand nach einer kurzen Debatte Annahme. Ueber Lohnfragen referierte der internationale Sekretär Desjant (Paris) über den Tagesordnungspunkt Kollektivverträge Caprassi (Belgien). Diese beiden Referate sowie die hierzu vorgelegten Resolutionsanträge fanden einstimmige Annahme. Das Referat über Arbeiterschutzgesetz und Gewerbeinspektion erhaltete der Vorsitzende der Internationale Girbig (Deutschland). Er beschäftigte sich im besonderen mit den Berufsverboten sowie der Frauen- und Kinderarbeit in der Glasindustrie. Ein im Sinne des Referats gehaltenen Antrag wurde angenommen.

Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung war die Vernehmlichungsfrage der Internationale, zu welcher Reumann (Tschechoslowakei) das Referat erstattete. Der Redner legte einen Resolutionsantrag vor, in welchem grundsätzlich einer größeren Konzentration der gewerkschaftlichen Internationalen zugestimmt wird und die Internationale der Glasarbeiter sich bereit erklärt, an derartigen Verhandlungen, die über Einladung der Fabrikarbeiter-Internationale stattfinden sollen, teilzunehmen. Vor dieser Verhandlung soll aber noch zuerst mit der Internationale der Keramarbeiter Fühlung geübt werden und erst dann wird man sich an Verhandlungen mit der Fabrikarbeiter-Internationale beteiligen. Welche Wichtigkeit dieser Frage vom Kongress beigemessen wurde, zeigte der Umstand, daß sich über das Referat und die vorgelegte Resolution eine Debatte entwickelte, die einen ganzen Tag in Anspruch nahm, mit dem Ergebnis, daß dem vorgelegten Resolutionsantrage einstimmig die Zustimmung gegeben wurde. Kollege Viktoria (Tschechoslowakei) referierte hierauf über die Frage der Hilfe an auswandernde Kollegen, wobei er den Entwurf über einen Gegenseitigkeitsvertrag vorlegte und sich in seinen Ausführungen auch mit der Arbeitsvermittlung beschäftigte. Diesem Entwurf wurde ohne Debatte die Zustimmung gegeben.

Die Wahlen gingen klaglos vor sich. Dieser Kongress der Glasarbeiter hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse organisatorischer und sozialpolitischer Natur gefaßt und gibt der neugewählten Exekutive sowie der ganzen internationalen Bewegung der Glasarbeiter für die Zukunft ein reiches Betätigungsfeld.

Eine unmögliche Judikatur und ein unmögliches Gesetz.

Das Oberste Verwaltungsgericht billigt die Bestrafung eines Betriebsausschuh-Vorsitzenden, weil er während der Arbeitszeit intervenierte!

Der Obmann des Betriebsausschusses der Waffenfabrik, Janöfel, in Prag-Pantrah, mußte an einem Samstag bei der Firma intervenieren, weil die einem Arbeiter gebührende Entschädigung nach § 1154 nicht richtig verrechnet war. Die Betriebsleitung bestrafte ihn dafür mit einer Ordnungsstrafe von 2 K., weil er die Intervention während der Arbeitszeit durchgeführt hatte.

Gegen diese unerhörte Maßnahme erhob der Betriebsausschuh Beschwerde bei der Schiedskommission in Prag. Es sei schon hier darauf aufmerksam gemacht, daß die Prager Schiedskommission sich in einer Weise ihrer Pflichten entledigt, daß es schon eine Schande ist. In der Regel hört der Vorsitzende die Ausführungen des Unternehmers oder seines Vertreters sehr achtungsvoll an und läßt sie auch ordentlich protokollieren, während die Ausführungen der Arbeitervertreter einfach übergegangen werden. Im vorliegenden Falle schien es dem Vorsitzenden nicht dazuzustehen, daß man wegen Lumpiger zwei Kronen eine Beschwerde mache und allem Anschein nach sah er überhaupt nicht die prinzipielle Seite des Falles. Nach sehr kurzer Verhandlung und Beratung wurde denn auch die Beschwerde einfach abgelehnt.

Da die schriftliche Ausfertigung des Urteils verlangt wurde, mußte man für die Ablehnung auch eine Begründung finden. Und so erklärte denn die Schiedskommission, daß die Beschwerde abgelehnt wurde, weil die Strafe „im Rahmen der geltenden Arbeitsordnung“ verhängt wurde, so daß es sich um ein privatrechtliches Verhältnis handle und die Schiedskommission nicht befugt sei, hierüber zu urteilen. Dazu aber leistete sich die Schiedskommission noch die Bemerkung, daß man nicht von einer Behinderung des Betriebsausschusses im Sinne der §§ 3 und 22 des B. A. G. sprechen könne, nachdem es sich im gegebenen Falle nicht um eine „ausnahmeweise und unausweichliche“ Tätigkeit gehandelt habe, da ja der Obmann stellvertreter oder ein anderes Mitglied des B. A. die Intervention hätte durchführen können, wenn der Obmann selbst verhindert war.

Ueber Antrag des B. A. beschäftigte sich das Oberste Verwaltungsgericht am 12. März 1930 mit der Sache und lehnte die Beschwerde unter Zahl 1016 ab, und zwar mit einer Begründung, die ausschließlich auf die formalen Seiten des Schrittes eingieng, das Meritum der Sache aber unberücksichtigt läßt. Das Klagepetit auf Rückerstattung der Geldstrafe wurde abgewiesen, weil es sich um ein privatrechtliches Verhältnis handelt, über welches die Schiedskommission nicht zu entscheiden hat. Es müßte also der betroffene B. A.-Obmann die Klage beim Gewerbegericht einbringen, welches zu entscheiden hätte, ob ihm die 2 K. zu Recht oder Unrecht abgezogen wurden. Der zweite Teil der Beschwerde, welcher sich gegen die Behinderung des B. A.-Obmanns in seiner Tätigkeit richtete, wurde ebenfalls abgelehnt, wobei es zu weit führen würde, hier die ganze formalrechtliche Begründung wiederzugeben. Im wesentlichen stützt sich die Ablehnung darauf, daß der B. A. vor dem Verwaltungsgericht eine neue Sache vorgebracht habe, über die zu urteilen dem Verwaltungsgericht nicht zusteht, wenn sie nicht bei der Schiedskommission vorgebracht wurde: indem nämlich gesagt wurde, daß eine Intervention am fraglichen Tage nach Schluß der Arbeitszeit weder vom Obmann des B. A. noch von einem anderen Mitglied vorgebracht werden konnte, indem nach der Arbeitszeit ganz einfach niemand mehr im Bureau war. Nun ist dieser Einwand vor der Schiedskommission schon gemacht worden, aber auf Grund der einseitig gekennzeichneten Praxis der Prager Schiedskommission wurde er überhaupt nicht ins Protokoll aufgenommen. Es stellte also das Verwaltungsgericht auf den vor der Schiedskommission festgestellten Tatbestand ab und kam daher zur Ablehnung der Beschwerde. Womit es gleichzeitig, wenn auch nicht ausdrücklich, das Recht des Unternehmers festgelegt hat, ein intervenierendes B. A.-Mitglied, das die ihm laut § 3 des B. A. G. auferlegten Pflichten erfüllt, mit einer Geldstrafe belegen zu können.

Wir würden uns mit dem Falle nicht beschäf-

tigen, wenn er nicht geradezu ein Schulbeispiel dafür wäre, wie das Recht in einem Wust von Formalitäten einfach erstickt wird. Das B. A. G. legt im § 3 die Pflichten dar, welche den Betriebsausschüssen auferlegt sind und es sagt auch klar, wie sie ihre Pflichten zu erfüllen haben. Nach Abs. 2 des genannten Paragraphen dürfen die Mitglieder des B. A. nicht in die Leitung und den Betrieb des Unternehmens eingreifen und „sie haben alle... Aufgaben derart zu vollziehen, daß der Gang des Betriebes nicht beeinträchtigt werde. Die Sitzungen des B. A. können bloß außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit und nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung der Betriebsleitung auch während der Arbeitszeit stattfinden“.

Unsere sozialpolitischen Gesetze tranken ja gewöhnlich nicht an einer besonderen Klarheit der Ausdrücke: aber wenn Worte einen Sinn haben, so heißt doch die angeführte Bestimmung des Gesetzes nichts anderes, als daß der B. A. durch seine Tätigkeit, worunter doch in erster Linie die Interventionen zu verstehen sind, nicht den Betrieb des Unternehmens stören darf und seine Sitzungen außerhalb der Arbeitszeit abzuhalten hat, woraus man doch wohl bündig schließen kann, daß die Interventionen eben in der Arbeitszeit zulässig sind, doch so durchgeführt werden müssen, daß der Betrieb des Unternehmens nicht leidet. Die Prager Schiedskommission hat nicht ein Atom des Verstandes unternommen, hier Klarstellen zu lassen, daß durch die Intervention des B. A.-Obmanns am Samstag vormittag etwa „der Betrieb beeinträchtigt“ worden sei, dagegen hat sie etwas judiziert, was garnicht in Frage stand und wonach sie niemand gefragt hat: sie hat den § 22 des B. A. G. Gesetzes so ziemlich in sein Gegenteil verkehrt.

Dort heißt es nämlich:

1. Die Mitgliedschaft im B. A. ist eine Ehrenfunktion; die Mitglieder haben Anspruch auf Lohn oder Gehalt für die Zeit, während der sie in der Arbeitszeit ausnahmeweise und unausweichlich für den B. A. tätig sein mußten.“

Die B. A.-Mitglieder erhalten also den Lohn nur dann, wenn sie „ausnahmeweise und unausweichlich“ während der Arbeitszeit für den B. A. tätig waren. Die Prager Schiedskommission aber sagt, die Bestrafung sei auf Grund der geltenden Arbeitsordnung zu Recht erfolgt, weil der Obmann des B. A. nicht „ausnahmeweise und unausweichlich“ tätig sein mußte. Das Gesetz spricht vom Erlaß des Lohnes: die Prager Schiedskommission aber spricht daraus dem Unternehmer das Recht zu, das intervenierende B. A.-Mitglied bestrafen zu können. Und das Oberste Verwaltungsgericht spricht in seinem ganzen Urteil überhaupt nicht vom § 22, es billigt also stillschweigend diese doch wohl sehr kuriose Auffassung der Schiedskommission.

Es wäre ja nun für den B. A. noch ein Weg offen gewesen, um zu seinem Rechte zu gelangen: er hätte können auf Grund des § 22, zweiter Absatz, wonach die Betriebsleitung die Arbeitnehmer in ihrer Tätigkeit als Mitglieder des B. A. nicht beschränken darf, bei der politischen Behörde erster Instanz, nach § 29 B. A. G., die Anzeige erstatten. Ob sie etwas gefordert hätte, mag jetzt dahingestellt bleiben. Es wäre damit auf alle Fälle erreicht worden, daß insgesamt drei ganz verschiedene Behörden mit diesen 2 K. behelligt würden: zunächst die Schiedskommission und das Verwaltungsgericht, dann das Gewerbegericht wegen Rückerstattung der Strafe, und schließlich die politische Behörde mit der Anzeige wegen der Behinderung in der Tätigkeit.

So sieht also der „einfache“ Instanzenweg bei einem ausschließlich für Arbeiter geschaffenen Gesetz aus, das ausdrücklich die Vertretung durch Advokaten verbietet! Wenn die Sache so geht, wie in dem hier geschilderten Falle, dann hat der Unternehmer einfach das Recht, alles zu machen und der Arbeiter das Recht, alles zu verschlucken, was ihm der Unternehmer vorsetzt. Dem Verwaltungsgericht kann man im vorliegenden Falle schließlich noch den geringsten Vorwurf machen, viel eher schon der Schiedskommission, die mit ihrer oberflächlichen Führung das begangene Unrecht stabilisieren half. Der größte Vorwurf aber gefährt entschieden dem

gänzlich undurchdachten Gesetz, das die Schiedskommissionen auf der einen Seite zu endgültigen Richtern macht, sie auf der anderen Seite verbindet, über „privatrechtliche“ Fragen zu urteilen, das aber selbst wieder in den Bestimmungen des § 3, Abs. 2, durchbricht und ihnen schließlich keine Möglichkeit gibt, eine Verletzung des Unternehmers zu sühnen oder sie auch nur in ihren Wirkungen aufzuheben.

An diesen Zustand sollte man insbesondere bei der geplanten Schaffung der Arbeitsgerichte denken: daß diesen bei entsprechender Zusammensetzung der Senate der ganze Komplex der aus dem B. A. G. erschießenden Streitfragen zur Erledigung überwiesen wird, unter Wahrung eines entsprechenden Rekursrechtes. Noch klüger wäre freilich eine durchgreifende Neuformulierung des ganzen Betriebsausschuhgesetzes, wobei eine Erweiterung nicht einmal so notwendig ist wie eine Klarstellung der Bestimmungen und eine ordentliche Verteilung der Kompetenzen.

Kleine Chronik.

Vierlinge — wie kommt das eigentlich?
Neue Ergebnisse der Zwillingsforschung.

In dem schwedischen Ort Varmsbo wurde eine junge Mutter von 4 lebenden Kindern entbunden, — Mutter und Kinder erfreuen sich der besten Gesundheit. Ein seltener Fall! Zwillinge sind nichts besonderes: auf 80 Geburten kommt ein Zwillingpaar. Die Häufigkeit der Schwangerschaften von mehr als 2 Früchten nimmt indessen sehr schnell ab — so daß nach einer von Heklin aufgestellten Formel Drillinge auf 802 gleich 6400 Geburten, Vierlinge auf 803 gleich 512.000 Geburten nur einmal kommen. Auch über die Geburt von Fünftlingen liegen schon beglaubigte Beobachtungen vor, und in Castagnola am Luganersee erzwangte sich der bis dahin für unmöglich gehaltene Fall, daß 6 Früchte, 4 männliche und 2 weibliche — allerdings keine lebenden — zur Welt kamen.

Die Fähigkeit, mehrfache Früchte hervorzubringen, ist in gewissen Familien erblich, und wird merkwürdigerweise nicht allein auf die weibliche, sondern wie durch Aufstellung genealogischer Tabellen, welche die Fruchtbarkeit einzelner Familien über viele Generationen zurückverfolgten, einwandfrei fest-

Für A. B. C.-Schützen!

Vernünftige Mütter unterziehen die Schule in ihren angestrebten Bestrebungen zur Schuljahrsplanung und spenden ihren kleinen A. B. C.-Schützen nach dem ersten Gang zur Schule einen pfeifenden Geschenkartikel für 9.— Kk., enthalten: 1 Tube Chlorodont-Zahnpolier, 1 Chlorodont-Zahnbürste, 1 Mundwollerglas. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

gestellt ist, auch auf die männliche Nachkommenschaft übertragen. In besonders auffallender Weise häufen sich die mehrfachen Schwangerschaften, wenn beide Ehepartner aus disponierter Familie stammen. Ein schlagendes Beispiel hierfür bietet der im Jahre 1808 veröffentlichte Fall von merkwürdiger Fruchtbarkeit eines armen Weibes in Wien, das elf mehrfache Geburten überstand, und zwar dreimal Zwillinge, sechs mal Drillinge und zweimal Vierlinge zur Welt brachte. Der Mann war ein Zwilling, die Frau ein Vierlingskind!

Es gibt zwei wesentlich von einander abweichende Entstehungsarten der Zwillingsschwangerschaft. Entweder die Zwillinge entwickeln sich aus 2 Eiern, welche gleichzeitig befruchtet werden und sich nebeneinander in die Gebärmutter setzen, oder aber sie entstehen aus einem Ei, in welchem es ausnahmeweise zur Bildung von 2 Keimanlagen kommt. „Zweieitige“ Zwillinge sind viel häufiger, etwa sechsmal so häufig als „eineitige“. An dem unterschiedlichen Verhalten der ein- und zweieitigen Zwillinge hat die moderne Zwillingsforschung neuerdings hochbedeutsame Beobachtungen zu der Frage der Vererbungsentscheidung gemacht: insbesondere konnte der Münchener Forscher Prof. Johannes Lange an Hand eines vergleichsweise großen Materials zeigen, daß die Lebensschicksale einzelner Zwillinge, die ja auch äußerlich wie ein Ei dem andern gleichen, sich erschütternd gleichartig abwickeln. Auch wenn beide Zwillingenbrüder in früher Kindheit getrennt werden und in völlig verschiedenartiger Umgebung aufwachsen, ist die Art und Weise ihrer Vergehen eine ähnliche: In demselben Jahr, in dem der eine Bruder zum Rechtsbrecher wird, schießt auch der Zwillingenbrüder zum erstenmal vor dem Strafgericht — die Art der Vergehen, die Reaktionsweise der Brüder auf Lohn oder Strafe ist völlig übereinstimmend. So scheint die alte Frage, ob Anlage oder Umwelt den Hauptanteil an der Verbrechenentstehung haben, endgültig dahin entschieden zu werden, daß der Vererbung ein großes Uebergewicht zukommt.

Noch weitere sehr interessante Aufschlüsse sind von der modernen Zwillingsforschung zu erwarten, die ja vorläufig noch in den Anfangsgründen steckt. Dr. Elin Herzberg.

Eine Auf-Registrierung. Ein etwas sonderlicher Herr, der vor einigen Jahren gestorben ist, hat eine höchst merkwürdige Aufzeichnung hinterlassen: er hat nämlich Tag für Tag mit peinlicher Gewissenhaftigkeit jeden Auf registriert, den er in dreißigjähriger Ehe mit seiner Frau gewechselt hat. Dabei ist dieses merkwürdige Ergebnis zu verzeichnen: im 1. Ehejahre haben die jungen Leute 36.500 Küsse miteinander gewechselt — das sind rund 100 Küsse am Tage. Im zweiten Jahre betrug die tägliche „Durchschnittsleistung“ nur noch fünfzig Küsse und schon im dritten Jahre ist der „tägliche Bedarf“ mit 10 Küssen vollkommen gedeckt. Im sechsten Jahre waren es gar bloß noch zwei Küsse, am Morgen und am Abend. Viele Jahre hat sich das so gehalten, später wurde mitunter sogar einer dieser Küsse unterlassen oder — vergessen!

Nacht. Und ich hatte mich dann revanchiert und hatte eine Annonce des Inhalts aufgegeben, daß bei Herrn Soundso in der Sophienstraße amerikanischer Speck gratis verteilt werde. Die Sache endete dann vor dem Amtsgericht. Ja, aber das mit dem intelligenten Fräulein, das perfekt schreibt, war auch nicht übel.

Die Bewerberinnen drängelten sich zu der Stellung, und es war geradezu abenteuerlich, wie viele junge Damen sich für intelligent hielten. Ich ließ jede einzelne eine Seite schreiben und behielt mir eine definitive Entscheidung vor, nachdem ich Namen und Adresse, der in die engere Wahl gezogenen notiert hatte. Spät am Abend klingelte es. Ich öffnete. Eine junge Dame stand draußen, duftend nach Scheminis, und fragte, ob die Stelle schon vergeben sei. Ich erwiderte wahrheitsgemäß mit einem „Nein!“ und fragte, warum sie mitten in der Nacht käme.

Antwort: „Ich habe damit gerechnet, daß alle anderen so zeitig anrücken, das Herr Reimann darüber wütend sein wird.“

Das gefiel mir, und ich ließ die apart duftende Dame an der Schreibmaschine Platz nehmen und diktierte ihr eine schwierige Geschichte.

Die Dame tippte auf Teufelkommando. Ich war kaum zu Ende, schaute sie mich aus dunkelbraunen Pupillen an und harpte der Fortsetzung. Ich war außerstande, so rasch zu diktieren, wie

sie tippte. In wenigen Sekunden war das Blatt herunter. Ich schaute mir die Bescherung an.

Es war alles Quatsch. Die ersten Zeilen lauteten:

fagshwiel jän ajänel, eje ahjöe dh anäbdl woendy agöze hahchejezöle obah lemaje 7 ajäi & lelehdö Wuansj Uahajstufel late behwoej nashjen Jans, wo co.

Sie hatte blindlings drauflos geschrieben, einfach aufs Geratewohl.

Ich war starr.

„Was soll das?“ krächte ich.

„Verzeihen Sie, Herr Reimann,“ entgegnete sie und ließ betörendes Aroma entweichen, „aber ich habe noch nie in meinem Leben an einer Schreibmaschine gefressen und mir das Bogeneinspannen erst heute nachmittag zeigen lassen.“

„Und da wollen Sie bei mir tippen?“

„Sie legen ja mehr Gewicht auf Intelligenz, als aufs Tippen!“

Ich gab mich geschlagen und engagierte sie.

Wäre es ein Märchen, würde ich schließen:

„Und dann ist sie meine Frau geworden.“ Aber sie ist mitnichten meine Frau geworden, sondern ist nach Amerika gegangen und soll jetzt Sekretärin des alten Ford sein.

Stenotypistin gesucht!

Von Hans Reimann.

Es war nach dem Kriege. Ich gab eine Zeitschrift heraus. In Leipzig. Und hatte auch sonst allerlei zu tun. Darum suchte ich eine Sekretärin. Das Inserat lautete:

Intelligentes Fräulein,

das perfekt Schreibmaschine tippt, wird gesucht von H. R., der mehr Gewicht auf die Intelligenz als auf das Tippen legt.

Und dazu meine Adresse. Ich hatte schon vorher manches Erlebnis mit Inseraten gehabt. Es war in der tristen Zeit, wo es nichts gab, außer Büchsenleberwurst aus Sägepänen und englischen Zigaretten aus Heeresbeständen. Man war auf das längst verstoffene „Voch im Westen“ angewiesen. Unser Kinderwagen stand uns im Wege. Ich inferierte ihn. Vor Sonnenaufgang war unsere Haustür belagert. Bis mittags melbte sich sechshundertdreißig Reflektanten. Weil ich geschrieben hatte, er sei billigt abzugeben. Und ein Mensch, der mich nicht leiden mochte, hatte inseriert, bei mir sei frische Ziegenmilch erhältlich. Und da schellte die Klingel bis in die späte

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännlich angepasst wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“, ausführen.

Müttersterblichkeit im Wochenbett. In England hat eine Statistik über die Sterblichkeit von Frauen bei der Geburt eines Kindes die folgende Tatsache ergeben, daß, während allgemein der Prozentsatz der Todesfälle und im besonderen die Kindersterblichkeit zurückgegangen ist, der Prozentsatz der Todesfälle im Wochenbett gestiegen ist. In den Jahren 1911 bis 1915 kamen auf 1000 Lebendgeburt 4 Todesfälle, in den Jahren 1916 bis 1920, also noch während des Krieges, stieg die Zahl auf 4.12 zu Tausend, fiel von 1921 bis 1925 auf 3.9 und stieg 1926 wieder an auf 4.3 Todesfälle auf 1000 Lebendgeburt. Die Gesamtzahl von zur Untersuchung benutzten Todesfällen betrug 2000, darunter waren 1408 durch die Geburt veranlaßt und unter diesen 17 Prozent durch mangelnde Fürsorge vor der Geburt, also jedenfalls bei proletarischen Frauen. 17 Prozent entfielen auf Arttäter von ärztlicher Seite und 5 Prozent, weil keine entsprechende Möglichkeit bestand, sachverständige ärztliche Hilfe heranzuziehen. Dazu kommen 9 Fälle von Nachlässigkeit der Patientinnen oder ihrer Umgebung in der Befolgung ärztlicher Vorschriften. Das ergibt nach dem Gutachten der Untersuchungskommission, daß ungefähr die Hälfte aller dieser Todesfälle bei entsprechender Vorbeugung zu vermeiden gewesen wäre.

Vorträge.

Der Empfangsabend des Deutschen Journ.-Klubs beginnt heute halb 7 Uhr im Lustnergarten, Rarmelstka 25. Reflektionen, Anmeldungen telefonisch 21180 oder Rohrpost (Eiskarte) Prag II, Hauptpost, Fach 69. — Soziologische Arbeitstagung zu den Jugendrechtsfragen des Kriminologenkongresses findet heute 10 Uhr vormittags im Sozialministerium, Palastplatz, statt. Gäste willkommen.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

S. J. Prag. Neue Ausschussigung. Beginn halb 7 Uhr. — Anschließend Probeabend. Kommet alle!

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Sport • Spiel • Körperpflege

Ein Massensportfest der Wiener Arbeitersportler. Als Auftakt zum großen internationalen Kongress der Genossenschaften, der Montag in Wien eröffnet wurde, ging am Sonntag auf der Hohen Warte ein Sportfest in Szene und in dem für den Gedanken des Massensports vor gegen 30.000 Besuchern wirksamste Werbearbeit geleistet wurde. Das Massensportfest begann nachmittags mit den leichtathletischen Wettkämpfen, denen ein Fußballwettkampf folgte. Ein Rasenradballspiel und humoristische Einlagen der Turner und Radfahrer sorgten für weitere Abwechslung und für die heitere Note. Nachdem zogen die tschechischen Turner und Turnerinnen auf die Bahn. Zu den Weissen (slowakischer Musik) zeigten sie ihre bekannten Leistungen, wohl ein wenig veraltet, aber immer ihre Wirkung auf die Zuschauer nicht verfehlt. Ihnen folgte ein Festzug der Wiener Arbeiter-Trachtenvereine, der für viele eine Weberschau bot. Anschließend zogen alle Sportler und Sportlerinnen mit den Sturmscharen ein. Zu den Massen sprechen nun die Führer der internationalen Genossenschaftsbewegung. Vorerst begrüßt Genosse Dr. Renner die Gäste und dankt den Sportlern für ihr freundliches Willkommen zu dem großen Tage. Nach ihm sprachen Vaine Tanner, der Präsident der Genossenschaftsinternationale, und der Führer der englischen Genossenschaften Alle Reden wurden mit herzlichem Beifall aufgenommen. Als Abschluss führten die Wiener Arbeiterturner die Olympischen Übungen, die Turnerinnen Tänze zu Straußwalzern und weiter die Kraftsportler und Radelschwinger des VdS ihr Können vor. Die sportlichen Ergebnisse: 100 Meter: 1. Freundmann (Wst 11) 11.2 Sek. — 100 Meter (Frauen): 1. Preshy (ZB) 13.3 Sek. — 400 Meter: 1. Jeruschet (ZB) 51.6 Sek. (AStö-Bestleistung). — 4x100 Meter: 1. Wat Simmerling 45.4 Sek. — 4x100 Meter (Frauen): 1. Zentralverein 53.6 Sek. (AStö-Bestleistung). — Schwedenstafel: 1. Wat Simmerling 2:00.7 Min. — Olympische Stafel: 1. Wat Simmerling 3:47.6 Min. — 10x100 Meter: 1. Wat Simmerling 1:53.5 Min. (AStö-Bestleistung). — Fußball: Wiener-Reutstädter ZC gegen Gde 5:2 (0:0). — Radball: Viefing gegen Freiheit 17:0:0.

Wiener Arbeiterfußball. Sonntag begann die neue Meisterschaft und brachte auch gleich in der sogenannten Vagabunde Ueberrassungen. Die Ergebnisse sind: Liga Klasse: St. Veit-Gaswert gegen Nordwien 2:1 (1:0), überraschender Sieg des neuaufgestiegenen Vereines; Rhönix Schwedat gegen Rudolfshügel 2:1 (2:0), Straßensbahn gegen Floridsdorf ZC 3:0 (1:0), Elektra gegen Weidling 2:1 (0:0), E-Wert gegen Red Star 3:1 (0:1), große Ueberrassung. — Erste Klasse: Gruppe Nord: Fav. AC. gegen Columbia 1:1

(0:1), Ostbahn 11 gegen Dading 3:1 (1:0), Donaufeld gegen Imperial-Rhönix 3:0 (1:0), Neutra gegen AC. Brigittenau 1:0 (1:0), Landstracher Sportfreunde gegen Westbahn Hünhaus 3:1 (1:1); Gruppe Süd: Donau gegen Rukdorf 2:0 (2:0), Germania 14 gegen Rennweg 3:1 (1:0), Neukettendorf gegen Hochstätt 1:0 (1:0), Postgewerkschaft gegen Simmeringer FAC. 4:1 (0:0), Union 14 gegen AC. Simmering.

Wiener Arbeiter-Fußball. Union 14 gegen ZSB. Lomb. 5:4 (3:2), Elektra gegen E-Werte 12:5 (6:2), Viefing gegen Industrieangestellte

Graz 16:2 (Samstag), Zentralverein gegen Industrieangestellte Graz 10:2 (6:0). — Frauen: Union 14 gegen ZSB. 6:4 (3:2), Red Star gegen Tabalarbeiter 6:2 (2:1). Zipsinger-Gedenktrennen Wien-Graz. Auf der 200 Kilometer langen Strecke Wien-Graz veranstaltete Sonntag der Verband der Arbeiter-Radfahrer Österreichs diese Fernfahrt als Adolf Zipsinger-Gedenktrennen. Die Ergebnisse sind: Hauptfahren: 1. Pello (Weidling) 7:05:43; Juniorenfahren: 1. Tasser (Straßenbahn Wien) 6:56:56; Seniorenfahren: 1. Gebauer (Weidling) 7:05:25.

Pariser Brief.

Das Elend der französischen Laboratorien und Forschungsinstitute als Schande der herrschenden Klasse. — Dreizehn Milliarden im Budget für den Krieg und zwölf Millionen für die Wissenschaft. — Die starke Verschuldung der Laboratorien. — Die freie Forschung als Klassenprivileg. — Das Los der Nachfolger Pasteurs.

Es können einige acht bis zehn Jahre her sein, da in Frankreich ein Thema auf der Tagesordnung stand: das Elend der Laboratorien. Da der brave französische Durchschnittsbürger erfuhr, daß Frankreichs Ruhm nicht ganz so ausschließlich sich auf die Hoffre, Hoch und Clémenceau beschränkte, die er damals noch in seiner „Madelon de la Victoire“ besang, sondern daß es auch noch einige französische Gelehrte von Belust gab, die in lichtsloßen, baufälligen, ganz unmodernem Arbeitsräumen still ihren Forschungen nachgehen, ohne allzu viele moralische und materielle Unterstützung und Belohnung für ihre oft weittragenden Entdeckungen von der Witwelt zu verlangen. Sammelbüchsen gingen damals um. Das siegreiche Frankreich drückte den Führern seiner Wissenschaft den Sammelsteller in die Hand, genau so, wie einst Kriegskrippel von ihrem siegreichen Landesvater eine Drehorgel über die Helmbrust gehängt erhielten. Einige Millionen wurden durch die offizielle Bettelei aufgebracht. Der Durchschnittsbürger war stolz, etwas zur „Hebung der Wissenschaft“ getan zu haben. Die Regierungsvertreter durften wieder in ihren Sonntagreden hinausposaunen, daß Frankreich auf allen Gebieten an der Spitze der Nationen marschiere. Universitäten, Laboratorien, Forschungsinstitute, Kliniken und Museen hatten eine neue Auferstehung erhalten. Die drinnen im Dienste der Wissenschaft wallten, waren von Natur aus oder aus Tradition gewohnt, sich zu bescheiden, und so konnte man glauben, daß die berühmte Tardieu'sche Prosperität auch bei der französischen Wissenschaft eingezogen sei, wenn nicht...

Wenn nicht in den letzten Wochen plötzlich, und dies von den verschiedensten Seiten, von Herriot, von Böhler, von Georges Boris, und sogar von Bailby, um nur sie zu nennen, neue Alarmrufe ausgestoßen worden wären, welche die Uebernationalisten wohl nicht verfehlen werden, als demütigend für Frankreich hinzustellen, während sie doch nur demütigend und eine Schande für die herrschende Klasse der Nation sind, die zeigt, welchen Rang im profitdominierenden kapitalistischen Gesellschaftssystem die freie Forschung, die uneigennützig wissenschaftliche Arbeit einnimmt. Es war wohl Georges Boris, der Leiter der Zeitschrift „La Lumière“, der das Thema wieder ins Rollen brachte. Als Tardieu seinen „Fünfjahrplan“ aufstellte und zur Erneuerung der französischen Landesausrüstung zuerst einen Kredit von fünf Milliarden Franken forderte, berechnete Boris, daß genau dreieinhalb Prozent hiervon den Lehranstalten und Laboratorien zugewendet werden würden, ein Prozent für den zweiten Plan der Regierung, der einen Siebzehn-Milliarden-Kredit aufweist, sogar auf 3.2 Prozent sank. Boris untersuchte hierauf die Kosten des laufenden Budgets, belachte einzelne hervorragende Vertreter der französischen Wissenschaft, um zu Ergebnissen zu gelangen, welche in der Presse und am Schlußtag der Session auch in der Kammer ihr Echo fanden.

Die Ausführung einiger Ziffern genügt schon, um zu zeigen, welche geradezu verächtliche Behandlung der Wissenschaft bei der Aufstellung des Staatsbudgets zuteil wird. Frankreichs diesjähriges Budget beziffert sich auf rund 50 Milliarden Franken; rund 13 Milliarden sind für militärische Zwecke bestimmt; für wissenschaftliche Forschungen, höheren Unterricht, Bibliotheken und Museen sind insgesamt keine halbe Milliarde vorgesehen: 464 Millionen und 600.000 Franken nämlich. Von dieser halben Milliarde entfallen aber nur etwas mehr als 12 Millionen auf die Laboratorien, Observatorien und Forschungsinstitute, während allein 100 Millionen der Forschung für militärisches Flugwesen zugewendet werden: mehr, bemerkt Boris, als die gesamten Gehälter, die am Collège de France und sämtlichen Fakultäten von Paris und den Universitätsstädten der Provinz an das gesamte Universitätspersonal, von den Professoren bis zu den Schuldienern, bezahlt werden. Ein anderes Ziffernbeispiel noch: das Budget für 1930 weist eine Steigerung von mehr als drei Milliarden dem vorhergehenden Budget gegenüber auf; mehr als eine Milliarde entfallen auf militärische Zwecke, ganze 16 Millionen Franken werden der wissenschaftlichen Forschung zugewendet.

Die bitteren, harten und fast resignierten Urteile, welche französische Gelehrte von Belust, zum Sprechen gezwungen, hören ließen, sind deshalb auch mehr als verständlich. Sie zeigen

das Elend der französischen Wissenschaft in grellem, unbarmherzigem Licht. Der berühmte Physiker, Professor Langevin vom Collège de France stellte fest, daß Frankreich gegenwärtig fast keinen einzigen vom Lehramt entbundenen freien Forscher aufweise. Die den Laboratorien und Forschungsinstituten zugewiesenen Kredite erlauben einen derartigen Posten nicht. Er zitierte das Beispiel seines eigenen Laboratoriums, in dem er neben sechs anderen hervorragenden Physikern arbeitet. Der normale Jahreskredit beträgt 18.700 Franken. Bis Wasser, Elektrizität, Gas und Kohlen sowie die Unterhaltung des Laboratoriums bezahlt sind, befindet sich das Budget bereits im Defizit, und es bleibt nichts anderes übrig, als sich den Restbeitrag zu erbeteln. Andere Laboratorien, stellt Langevin fest, sind stark verschuldet. Diese ständigen Geldsorgen lasten schwer auf den Forschern und hemmen ihre Arbeit.

Ein anderer großer Physiker, der Nobelpreisträger für Physik und Chemie, Professor Jean Perrin, der durch seine Atomgewichtsarbeiten bekannt wurde, drückte sich ähnlich aus. Ungenügende Kredite: während, um ein Beispiel zu zitieren, Deutschland für das Personal seiner Laboratorien 1.400.000 Franken ausgibt, gibt Frankreich nur 200.000 Franken aus. Die Folgen: überall fehlen die nötigen modernen Instrumente, die Zahl der sich der Forschung widmenden Gelehrten nimmt mehr und mehr ab, und die Folge blieb nicht aus: in der europäischen wissenschaftlichen Produktion nimmt Frankreich heute, nach Deutschland und England, den dritten Rang ein.

Die freie Forschung ist heute in Frankreich zu einem Klassenprivileg geworden. Erklärte nicht der Dekan der Pariser medizinischen Fakultät, der Professor Rogier, daß nur jene Gelehrten, die über ein bedeutendes Vermögen verfügen, das natürlich nicht immer im Umfang auch ihren geistigen Qualitäten entspricht, sich den Luxus der freien Forschung erlauben können. Mühte er nicht eingestehen, daß amerikanische Milliardäre sich des lamentablen Zustandes der Pariser medizinischen Fakultät erbarmten, und die nötigen Millionen zu ihrer Wiederinstandsetzung zu schenken versprachen, wenn der Staat sich entschließt, in gleicher Höhe hierzu einen Zuschuß zu gewähren. Mühte er nicht erklären, daß die Fakultätslaboratorien sich in einem derartigen Zustand befinden, daß er sie ausländischen Medizinern, die zum Besuch in Paris weilen, nur noch auf deren dringendes Ersuchen hin zeigt, um sich nicht „über das Elend ihrer Einrichtungen und die Vermislichkeit ihres Materials“ schämen zu müssen; daß zahlreiche ausländische Studenten angesichts dieser Mängel Frankreich wieder den Rücken kehren und andere, besser dotierte Universitäten aufsuchen.

Ein anderer Mediziner, der Leiter des Vichy-Episais, Professor Vallorh-Radot, der ebenfalls als medizinische Kapazität einen Frankreichs Grenzen überschreitenden Namen besitzt, zeigte den ärmlichen Raum, in dem er zu arbeiten gezwungen ist. Er erhält im Jahr 3.500 Franken für sein Laboratorium, wie im übrigen die Laboratorien sämtlicher Pariser Epitales. Er fühlt sich als einer der Bedorjugten, weil er die Kosten seines Laboratoriums aus seiner eigenen Tasche zu decken vermag. Die Rechnung, die er zeigte: über 23.000 Franken pro Jahr, die er selbst bestreitet. Professoren und Assistenten aber, erklärte er, sind gezwungen, sämtlich neben ihrer Forscherstätigkeit auf Nebenverdienst auszugehen.

Die Klage des einstigen Direktors des Straßburger Observatoriums und jetzigen Direktors der Pariser Sternwarte, des Professors Esclançon, klingt nicht anders: völliger Mangel an modernen Instrumenten; während das Teleskop einer amerikanischen Sternwarte, der Wilsonhöhe, eine Öffnung von 2.50 Meter aufweist, besitzt das stärkste französische Instrument, das Teleskop des Observatoriums von Meudon, nur einen Durchmesser von 80 Zentimeter. Die bittere Ironie hierbei: die Linsen des amerikanischen Teleskops sind französischer Fabrikat!

Unter dem Instrumentenmangel wurde auch der Fall des französischen Physikers, Professor Jean Becquerel, genannt, der sich zur Fortsetzung seiner Forschungsarbeiten über niedere Temperaturen gezwungen sah, die Gastfreundschaft der Universität von Leiden anzunehmen, da in Frankreich kein Kälte Laboratorium vorhanden ist.

Es sind dies nur einige Beispiele aus zahlreichen herausgegriffen. Im Augenblick, da Tardieu mit seiner wohlgefüllten — wie er wenigstens behauptet — Staatskasse protzt, im Augenblick, da sein Finanzminister mehr als eine Milliarde — eine Milliarde, deren Zinsen genügen würden, sämtliche Laboratorien zu dotieren — als Steuerabbau den Börsenjobbern in den Schoß warf, gewinnen diese Notrufe der französischen Wissenschaft erhöhte Bedeutung. Ein Gesellschaftssystem unterzeichnete hier sein Urteil: während Frankreichs Ministerpräsident fast täglich von der Wirtschaftsprospérité des Landes spricht, geht in Lumpen gehüllt die Wissenschaft beteln. Während im Handumdrehen eine neue Milliarde für Meer und Marine gefordert und auf dem Dekret selbst bewilligt wird, muß einer der größten nationalistischen Lobfänger Tardieus, der Direktor des „Intransigent“, Leon Bailby, feststellen, daß der Nachfolger Pasteurs, der Professor Roux, gezwungen ist, sich in einem Schweinsternst für 20 Franken pro Tag befüttern zu lassen und zu wohnen, weil er und seine Assistenten, die auf Nebenverdienst angewiesen sind, mit Hungerlöhnen im Pasteurinstitut abgespist werden. Wie sollte aber auch eine Gesellschaftsordnung, welche die Muskelarbeit ihres Arbeitstrages beraubt, diesen der Geistesarbeit zugestehen?

Literatur.

Handbuch der Frauenarbeit in Oesterreich. Herausgegeben von der Kammer für Angestellte und Arbeiter in Wien. Das Handbuch, eine Sammelarbeit von rund sechzig Frauen, ist so weit eine Angelegenheit der österreichischen Frauen, als das Material auf Oesterreich beschränkt ist, in seinen freien Ergebnissen geht es uns aber alle an: wer immer sich mit den äußeren Verhältnissen und der geistigen Struktur arbeitender Frauen zu beschäftigen hat, wird in dem Buche die so lange und so schmerzlich entbehrt Zusammenfassung des wichtigsten Tatsächlichen und eine Unsumme allgemeingültigen Schlussfolgerungen finden. In den einleitenden Abschnitten beschäftigen sich Anna Böhler, Emmy Freundlich und Ráthe Leichter mit der Entwicklung der Frauenarbeit überhaupt, wie also mit den ständigen wachsenden Ansprüchen der Industrie nach immer neuen Arbeitskräften die Frauen im Beruf über Beruf eindringen, wie sich ihnen die gehobenen Berufe und das Gebiet öffentlicher Tätigkeit öffnen und wie die Beilehaltung der Beschäftigten selbst und jene der Umwelt darauf reagierten. Große Teile dieser Darlegungen passen von vornherein auf uns, weil sie noch das Vorkriegs-Oesterreich zur Voraussetzung haben, aber auch wo das nicht der Fall ist, bedarf es nur leichter Umschattierungen, um auf die tschechoslowakischen Verhältnisse angewendet zu werden. Ist schon hier ein reiches statistisches Material eingebaut, so erst recht im nächsten Hauptabschnitt, der die verschiedenen Berufsarten auf fast 300 Seiten an und vorbeiziehen läßt. Die Arbeiterinnen der verschiedenen Industrien und Gewerbe, Haus-, Land- und Heimarbeiterrinnen werden, zu meist von Berufszugehörigen geschildert, dann die Angestellten nach Hauptgruppen, die öffentlichen Funktionärinnen, Lehrerinnen, Akademikerinnen. Wir erfahren die Umstände und Bedingungen, unter denen die arbeiten, das Spezifische der verschiedenen Arbeitsleistungen und deren Auswirkungen, durchwegs Dinge, die auch außerhalb Oesterreichs mehr oder weniger zutreffen, und erst recht gilt das vom dritten Hauptteilproblem der Frauenarbeit. Da reicht Oda Elberg die Frauenarbeit in die allgemeine Gesellschaftsentwicklung ein, Helene Bauer setzt sie zur Bevölkerungspolitik, Hedora Ausländer zur Rationalisierung in Beziehung; ihre Einwirkung auf die Gesundheit wird von Margaret Silberding, von Königsberg, aufs Finische von Gerta Kausky-Brau, aufs Frauenbewußtsein von Alice Furtmüller untersucht, Berufsarbeit und Ehe, Berufsarbeit und Haushalt und Berufsausbildung eingehend behandelt. Diese 150 Seiten sind ein Abriß moderner Frauenkunde, wie man sich in eindringlicher, knapper und erschöpfender nicht wünschen kann; speziellen Fragen gehen dann die drei letzten Abschnitte: den Schutz der arbeitenden Frauen in Gesetzgebung und Verwaltung, die Frau in der Gewerkschaftsbewegung und die arbeitenden Frauen im öffentlichen Leben nach. Man darf wohl sagen, daß bei diesen von Ráthe Leichter vorgenommenen Aufbau keine Seite des Frauenlebens außer acht geblieben ist, worüber immer man Auskunft wünscht, Zahlen und Tatsachen, Gesetze und sozialistische Voraussetzungen findet man an seinem Ort, nur ein Sandregifter täte noch not. Die Frauenbewegung Oesterreichs darf stolz sein, ein solches Werk hervorgebracht zu haben, wir alle dürfen uns freuen, es zu besitzen und es — das beste Zeichen unseres geistigen Aufstieges — durchaus von Frauen gearbeitet zu sehen. Fanny Blatny.

Herausgeber: Siegfried Taub. Chefredakteur: Wilhelm Nieber. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Prag. Druck: „Kola“ A. G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Holit, Prag. Die Zeitungsmastentfernung wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlass Nr. 13.500/VII/1930 bewilligt.

Arbeiter oder Kleinlandwirte, die einen schulfreien Jungen oder Mädchen behalt. Erlernung der tschechischen Sprache für techn.-kaufm. Fernunterricht, alle Fächer. Prospekt und Probelektionen bei Angabe des gewünschten Kurses kostenlos durch Postfach 56, Prag. XII. 690 auf ein Jahr kostenlos gegen Mithilfe zu einem Landwirt geben wollen, wenden sich an Karl Blocha, Oekonom, Prag-Wokowitz, Telefon 45732. 857